



EX-LIBRIS

WOJEWÓDZKIEJ

I MIEJSKIEJ

BIBLIOTEKI

PUBLICZNEJ

IM. EMANUELA SINOŁKI

W OPOLU

Die drei Fragen des Oberschlesiens



Erstes bis zehntes Tausend

Zentralverlag G. m. b. H. / Berlin 1920



943.8

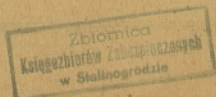
Die drei

~~4964~~
2480 S

943.8

ZBIORY SŁĄSKIE

Mc VI ¹⁸ Nr 31/62/C



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Die drei Fragen des Oberschlesiers	5
Die erste Frage: Muß die deutsche Sache als verloren gelten?	7
Die zweite Frage: Wie steht es mit dem geschichtlichen Recht?	10
1. Die natürlichen Voraussetzungen	10
2. Oberschlesiens geschichtlicher und politischer Werdegang	11
3. Ist Oberschlesien heute noch deutsches Land?	15
Die dritte Frage: Wo wird der Oberschlesier seinen Vorteil besser finden — in Deutschland oder bei Polen?	22
1. Welcher von beiden Staaten ist politisch der gefestigtere?	22
2. Welcher Staat wird seinen Angehörigen die größere Freiheit gewähren?	25
3. Was für Aussichten hat die Industrie?	28
4. Wo wird der Arbeiter besser aufgehoben sein?	31
5. Woran soll der Landwirt denken?	34
6. Von woher drohen die Gefahren des Militarismus?	35
7. Was steht dem Deutschen unter polnischer Herrschaft bevor?	39
8. Welcher Staat wird die höheren Steuern fordern?	40
9. Welcher Staat wird dem Oberschlesier für seine Steuern mehr bieten können?	44
10. Wie werden die religiösen Bekenntnisse in Polen gestellt sein?	46
a) Die Protestanten	47
b) Die Katholiken	50
c) Die Juden	54
11. Wie wird es mit den Lebensmitteln stehen?	55
Zum Schluß	58

Die drei Fragen des Oberschlesiers

Den Bewohnern Oberschlesiens hat der Friedensvertrag eine Entscheidung von folgenschwerer Bedeutung in die Hand gelegt: sie sollen in einer Volksabstimmung sagen, ob sie in Zukunft beim deutschen Mutterlande bleiben, oder ob sie sich von ihm trennen und sich mit dem in Bildung begriffenen polnischen Staatswesen vereinigen wollen.

Die Zukunft liegt dunkel vor uns. Kaum läßt sich ahnen, was die nächsten Jahre bringen werden. Wie soll da der einfache Mann wissen, wie sich die Schicksale der Nationen gestalten werden, deren Entwicklung durch die Jahrhunderte fließt! Wie soll er wissen, wann er recht wählt!

Für die Mehrzahl der Oberschlesier, ob sie deutschen oder polnischen Stammes sind, wird es eine „Wahl“ zwar kaum geben. Ihnen sagt der klare Verstand ebenso deutlich wie das Herz, daß Deutschland ihr Vaterland ist, dem sie das verdanken, was sie sind, Bürger eines wohlhabenden, blühenden Landes, eines Staates der Kultur und des Fortschritts auf allen Gebieten. Aber unter ihnen wird mancher sein, den ein bestimmter Zweifel quält. Er ist Zeuge der mit allen Mitteln der hinterhältigsten Verleumdung wie der rücksichtslosesten Gewalt arbeitenden polnischen Wühlerei und Hekerei, die in Kongresspolen ihren Zentralsitz hat, er sieht den unverföhnlichen Haß jener Minderheit, die aufgestachelt wurde durch die großpolnische Werbearbeit und verblendet und verführt ist durch unerfüllbare Versprechungen, er sieht ihre zur Schau getragene Zuversicht, mit der sie sich schon jetzt im rechtmäßigen und unbestrittenen Besitze des oberschlesischen Landes wähnt, er entnimmt unzähligen Vorgängen in der großen Politik die Gewißheit, daß die Mächte der Entente den Polen überall und auch im oberschlesischen Abstimmungsgebiete mit Wohlwollen zur Seite stehen. Es ist verständlich, daß diese täglichen Erfahrungen seine Zuversicht in den von ihm erhofften Ausgang der Abstimmung herabgedrückt haben und daß er zuletzt mutlos fragt: „Hat es denn überhaupt noch Zweck, daß ich meine Stimme für das Verbleiben meiner Heimat beim deutschen Vaterland abgebe? Ist die deutsche Sache nicht schon längst verloren?“

So hoffnungslos werden die Aussichten der deutschen Sache nicht überall angesehen werden. Aber es entspricht deutscher Art, der deutschen Gründlichkeit wie dem deutschen Gerechtigkeitsinn, daß manch

einer zaudern wird, seine Stimme für den Anschluß an Deutschland zu geben, weil er fürchtet, daß die deutschen Wünsche vielleicht doch nicht durch das ausreichende geschichtliche Recht begründet sind. Mit einem großen Aufwande von angeblich historischen Darlegungen und propagandistisch zugestutzten Zahlenaufstellungen versuchen die Polen den Nachweis zu führen, daß Oberschlesien polnisches Land sei. Sie haben sich gewöhnt, bei ihrer Werbearbeit von einer „Befreiung“ und „Verteidigung“ Oberschlesiens zu sprechen. Die Sicherheit, mit der sie das tun, läßt bei einem Unbefangenen gar nicht den Gedanken zu, daß hier eine Irreführung der Welt stattfindet, und so wird es begreiflich, daß unter diesen Umständen gerade der sachlich denkende Teil des deutschen Oberschlesiertums die deutsche Sache für schlecht begründet hält und davor zurückschreckt, im deutschen Sinne abzustimmen. Daher ist es notwendig, einmal klipp und klar die Frage zu stellen: „Wie sieht es mit dem deutschen Recht auf Oberschlesien?“

Endlich aber wird es, und zwar wieder ebenso im deutschen wie im polnischen Volksteile Oberschlesiens, sehr viele geben, denen die Abstimmung nicht eine nationale Angelegenheit, sondern eine Sache des praktischen Nutzens ist. Sie fragen: „Wo bin ich besser aufgehoben, bei Deutschland oder bei Polen?“

Man mag zu jeder der drei Auffassungen stehen, wie man will — es ist sicher, daß sie vorhanden sind. Sie drücken sich in Fragen aus, auf die bei ihrer unbestreitbaren Wichtigkeit einmal eine wohlüberlegte und wohlbegründete Antwort gegeben werden muß. Unsere Schrift unternimmt es, diese Antwort zu suchen. Sie will Tatsachen reden lassen. Denn nur Tatsachen können Klarheit bringen.

Die erste Frage:

Muß die deutsche Sache als verloren gelten?

In den einleitenden Worten ist die Tatsache erwähnt worden, daß in gewissen Kreisen Oberschlesiens die deutsche Sache bereits preisgegeben scheint. Wir hören häufig von der Abwanderung deutscher Familien aus dem Abstimmungsgebiet, die den Gefahren der von Polen und Spartakisten hervorgerufenen Unruhen entfliehen wollen, und die der Meinung sind, daß bei den Zuständen, die sich jetzt herausgebildet haben, auf den Sieg der deutschen Sache doch nicht zu rechnen sei. Es scheint, daß die Anhänger einer solchen Auffassung eine einfache Tatsache übersehen.

Aus dem Gange der Friedensverhandlungen und dem Friedensvertrage wissen wir, daß die uns feindlichen Mächte sich nicht gescheut haben, zusammen mit zweisprachigen Gebieten auch solche deutschen Landesteile den Polen zuzusprechen, die als unbestreitbar deutsch angesehen werden müssen.

Aus dem Umstande nun, daß die Entente nicht gewagt hat, durch einen Federstrich auch Oberschlesien den Polen zuzuwenden, geht schon unzweideutig hervor, daß selbst unsere Feinde das Nationalitätenverhältnis in diesem großen Gebiete als ein für Polen zum mindesten nicht günstiges ansehen. Ohne weiteres darf ihnen die Hoffnung unterstellt werden, daß letzten Endes die Abstimmung für Polen sprechen wird. Gerade der Umstand beweist dies, daß für die Abstimmung ein so verhältnismäßig weitgelegener Zeitpunkt vorgesehen ist. Unsere Feinde rechnen eben damit, daß die straff organisierte Agitation der Polen die bis zur Abstimmung verbleibende Zeit nach Kräften ausnützen wird, um die Stimmung in Oberschlesien zu sich herüberzuziehen.

Aus diesem Umstande geht hervor, daß die im polnischen Sinne entscheidenden Dinge erst noch vor sich gehen sollen, daß also die Aussichten der deutschen Sache vorerst durchaus nicht ungünstig sind. Der bodenständige Oberschlesier wird sich sehr wohl noch der Zeit erinnern, in der es für jeden seiner Landsleute „polnischer“ Abstammung geradezu als eine Beleidigung galt, mit einem Polen jenseits der Grenze in Verbindung gebracht zu werden. Und

auch die Geschichte der letzten Jahrzehnte zeigt es klar, daß eine Verbindung zwischen dem Großpolentum und Oberschlesien niemals bestanden hat. Noch die polnischen Aufstände von 1830-31, 1848 und 1865 haben die oberschlesischen Polen völlig teilnahmslos gelassen und, wie wir in späteren Kapiteln zeigen werden, haben noch in jüngster Zeit, ja sogar noch im letzten Jahre, die polnischen Nationalisten im ehemaligen Russisch-Polen und in der Provinz Posen es ihren angeblichen Stammesbrüdern häufig sehr übel vermerkt, daß sie für die polnische Sache keinen Finger rührten, ja daß sie sich auf ihr Polen-tum überhaupt nicht besinnen wollten. Rufen wir uns die Vorgänge bei den Wahlen zur deutschen und preußischen Nationalversammlung am 19. und 26. Januar 1919 ins Gedächtnis! Damals hatte die großpolnische Agitation in Oberschlesien die Parole der Stimmenthaltung ausgegeben. Trotzdem diese Weisung von den radikal-polnischen Nationalisten an vielen Orten mit den Mitteln des rücksichtslosesten Terrors ausgeführt wurde, so war bei diesen Wahlen doch eine Beteiligung von mehr als 60 v. H. aller Wahlberechtigten zu verzeichnen, eine Tatsache, die für sich selber spricht, zumal wenn man erfährt, daß unter den Wählern an einzelnen Orten sich bis zu 75 v. H. Polen befanden, die trotz der Wahlenthaltungsparole diese deutschen Parlamente wählten. Soweit festgestellt werden konnte, sind die polnischen Stimmen fast durchweg für die Kandidaten des Zentrums und der Mehrheitssozialisten abgegeben worden. Die zum meist evangelischen Polen der Kreise Pleß und Kreuzburg, die der großpolnischen Propaganda völlig unzugänglich sind, haben für die Deutschnationalen gestimmt. Ein polnischer Kandidat ist der Wahlparole gemäß nicht aufgestellt worden. Bei früheren Wahlen hat die Beteiligung in Oberschlesien meist 80, vereinzelt 90 v. H. der Wahlberechtigten betragen — die 60 v. H. der diesjährigen Wahlen, stellen also zwei Drittel bis drei Viertel der normalen Beteiligung dar, ein Ergebnis also, das besonders im Hinblick auf den polnischen Terror den Willen zur Mitarbeit an einer deutschen Volksvertretung in ein helles Licht rückt.

Wir sehen: der Wille der oberschlesischen Bevölkerung spricht sich da, wo er sich ungehindert äußern kann, unzweideutig im deutschen Sinne aus. Gibt es da für den Oberschlesier, der zur deutschen Sache hält, einen Grund zum Verzweifeln? Die deutsche Sache ist noch nicht verloren, solange ihre Anhänger an sie glauben und zu ihr stehen. In der künstlich entfachten polnischen Bewegung hat der deutschgesinnte Oberschlesier ein nachahmenswertes Vorbild einer straff geschlossenen Nationalität. Will er sich von seinen Gegnern beschämen lassen? Das kann, darf und wird er nicht, solange es ihm Ernst ist um die Bekundung seiner Ueberzeugung. Aus ihr erwacht ihm die Pflicht, die Widerstände, die sich dem Siege der deutschen Sache entgegenstellen, zwar nicht zu unterschätzen, sie aber auch nicht für unüberwindlich zu halten.

Die Sache des Deutschtums in Oberschlesien ist nicht verloren, wenn jeder Einwohner des Abstimmungsgebietes, der das Heil seiner Heimat im Verbleiben beim deutschen Mutterlande erblickt, mit seiner ganzen Person für sie eintritt, wenn er im Vertrauen auf ihre Gerechtigkeit und ihren Sieg für sie wirkt und wirkt und wenn er zur gegebenen Zeit seinen Zettel für das deutsche Oberschlesien in die Urne legt.

Die zweite Frage:

Wie steht es mit dem geschichtlichen Recht?

1. Die natürlichen Voraussetzungen.

Die historische Entwicklung eines Landes findet ihre natürlichen Grundlagen in den geographischen Verhältnissen.

Wirft man einen Blick auf die Karte von Schlesien, so fällt sofort auf, daß die ganze Provinz sich wie ein Uferland an dem Oberlaufe der Oder entlangzieht. Wir haben hier ein besonderes treffendes Beispiel für das Zusammenfallen politischer und geographischer Grenzen. Die Provinz Schlesien ragt als südöstlicher Ausläufer der norddeutschen Tiefebene halbinselartig nach Osten in die russisch-skandinavische Tafel hinein. Ihre natürlichen Grenzen findet sie im Süden gegen Böhmen in dem steilen Wall der Sudetenberge, im Osten gegen Polen in der Wasserscheide zwischen Oder und Weichsel. Die Absperrung gegen Böhmen könnte nicht augenfälliger sein, als sie ist; die Abgrenzung gegen Osten kennzeichnet sich immerhin klar genug durch die Tatsache, daß die deutschen Flüsse ihr Wasser aus Oberschlesien erhalten, während die polnischen Flußläufe sämtlich zur Weichsel hinziehen.

Von derselben Bedeutung ist die Tatsache, daß die oberschlesische Grenze mit der Klimagrenze zusammenfällt, die das See- und das Binnenlandklima in Osteuropa voneinander trennt und damit klar beweist, daß sich Oberschlesien als deutsches Grenzland scharf von den östlichen und südlichen Nachbargebieten scheidet.

Aus alledem sehen wir klar, daß Oberschlesien aus Gründen, die von der Natur gegeben sind, zu Deutschland gehört. Eine Abtrennung des Landes in der Art, in der es die Polen und ihre Beschützer von der Abstimmung erwarten, würde den natürlichen Verhältnissen, den Grundlagen aller geschichtlichen Zustände, ins Gesicht schlagen.

2. Oberschlesiens geschichtlicher Werdegang.

Urgeschichte: Die ersten Bewohner Oberschlesiens gehörten dem großen gotischen Stamme der Ostgermanen an. Es waren Vandalen, die in Schlesien den Namen Lugier führten und in der Gegend um den Zobtenberg Silinger hießen. Der Urschlesier war also Germane. Der Name eines der germanischen Stämme, der Silinger, ist als Bezeichnung auf die ganze Provinz übergegangen (Schlesien, lateinisch Silesia, auch in dem polnischen Namen Elast noch deutlich erkennbar).

Die Gräberfunde aus jener Zeit lassen eine hochstehende germanische Kultur erkennen.

Im dritten Jahrhundert n. Chr. findet eine Abwanderung der Germanen statt. Nur Reste der Vandalen bleiben zurück. Aus dem Osten dringt ein slawischer Volksstamm heran, die Chrobaten, auf die in späterer Zeit der Name des Stammes der Polen übergeht, der in Kujawien seinen Sitz hatte. Mit den eigentlichen Polen selbst hat die obereschlesische Bevölkerung und das Land in den ersten sieben Jahrhunderten der slawischen Bevölkerung noch gar nichts zu tun.

Mittelalter: Teile Schlesiens, zunächst aber noch nicht Oberschlesien, werden im 10. Jahrhundert von Herzog Miesko I. dem polnischen Reiche eingegliedert. Oberschlesien selbst wird erst 999 durch Mieskos Sohn, Boleslaus Chrobry, erobert, also, wider den Willen der slawischen Bewohner, dem polnischen Reiche mit Gewalt einverleibt.

Die Verbindung Schlesiens mit Polen hat nicht länger als bis zum Jahre 1163 gewährt, Oberschlesien hat also nur 164 Jahre unter polnischer Herrschaft gestanden.

Die lange für richtig gehaltene Annahme, daß Miesko und seine Nachkommen Abkömmlinge eines polnischen Bauern mit Namen Piast gewesen seien, ist durch die Forschung zerstört worden. Herzog Miesko, der neben seinem slawischen noch den deutschen Namen Dago führte, war ein Normanne, also ein Germane, und so sehen wir auch an diesem Beispiel, wie überhaupt in der Geschichte der Slawen, den deutschen Einfluß als staatenbildend. In der Geschichte Schlesiens tritt er immer wieder besonders klar hervor. Die wissenschaftlichen Ausgrabungen haben gezeigt, daß die slawische Einwanderung überall einen kulturellen Rückschritt zur Folge hatte. Soweit in dieser Zeit Ansätze zu einer kulturellen Hebung des Landes gemacht wurden, waren es die deutschen Bischöfe von Breslau, die in diesem Sinne auf die Bevölkerung zu wirken suchten.

Im Jahre 1163 tritt Schlesien dadurch aus dem polnischen Staatsverbande heraus, daß Kaiser Friedrich I. (Rotbart) das Land von der Oberherrschaft des polnischen Großherzogs Boleslaus befreit und es dessen drei Neffen überweist. Dieser tatsächlichen Abtrennung Schlesiens wird im Jahre 1200 die unbestreitbare Rechtsgrundlage dadurch zuteil, daß Großherzog Wladislaus Laslonogi von

Polen in aller Form auf die Würde des Oberherrn über die anderen Teilfürsten verzichtet.

Die große deutsche Kolonisation: Zu derselben Zeit beginnt in großen Ausmaßen eine neue deutsche Einwanderung. Von den Fürsten des Landes selbst herbeigerufen, erobern deutsche Bauern — nicht mit dem Schwerte in der Hand, sondern mit dem eisernen deutschen Pflug, den sie erst ins Land bringen — in unermüdlicher und segensreicher Kulturarbeit das oberschlesische Land. Ihnen gelingt es, die weiten, unkultivierten Gebiete des Landes urbar zu machen und dem Boden seine Schätze in bisher ungekanntem Maße abzurufen.

Aber nicht allein eine Hebung der Ackerkultur hat die deutsche Einwanderung in Oberschlesien zur Folge. Die deutschen Männer, die ihre westliche und nordwestliche Heimat verlassen haben, finden die polnischen Verhältnisse in dem Lande, dessen Herren sie berufen haben, unerträglich. Sie sind aus freieren Verhältnissen gekommen und verlangen sie auch von ihrer neuen Heimat. Die Landesherrn, die die von ihnen gerufenen deutschen Einwanderer dem Lande erhalten wollen, kommen ihnen hierin gern entgegen. Sie statten die Niederlassungen der deutschen Siedler mit dem freien deutschen Recht aus. Deutsche Unternehmer, die sogenannten Locatores, erhalten die Befugnis, die von ihnen herbeigezogenen deutschen Familien an bestimmten Plätzen auf Grund dieses Rechtes anzusiedeln und über die neuen Gemeinden die Gewalt des Erbscholzen oder Vogtes auszuüben. Die neuen Ortschaften werden zumeist nach dem Namen des Unternehmers bezeichnet, der noch heute in zahlreichen Städte- und Dörfernamen, wenn auch vielfach in später polonisierter Form, weiterlebt. Diese Siedelungen unterscheiden sich in ihrer sorgfältigen, planmäßigen Anlage, in ihrem gediegenen Aufbau und in ihrer zweckmäßigen Bewirtschaftung und Verwaltung grundsätzlich von den polnischen Gemeinden.

Es ist unausbleiblich gewesen, daß das Aufblühen der deutschen Niederlassungen, die sichtbare Zunahme ihres Wohlstandes in der angesehnen polnischen Bevölkerung den Wunsch nach Gleichstellung in den politischen Rechten erweckten. Unter Führung deutscher Unternehmer wenden sich daher alsbald zahlreiche slawische Gemeinden an die Landesherrn mit der Bitte um Verleihung des deutschen Rechts. Da diesem Vorgehen auf die Dauer kein Widerstand entgegengesetzt werden kann, so hat die deutsche Einwanderung unmittelbar und mittelbar eine völlige Umwälzung in den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes zur Folge, die besonders in einer Befreiung des Bürgertums und des Bauernstandes von den drückenden Vorrechten der adligen und geistlichen Grundherren zum Ausdruck kommt.

Die Arbeit der deutschen Kulturpioniere findet bei den Breslauer Bischöfen die verständnisvollste Unterstützung, und auch die deutschen Zisterzienser und Prämonstratenser Klöster haben sich unvergängliche Verdienste um die Erschließung des Landes erworben. Die Arbeit der deutschen Klöster ist um so bemerkenswerter, als die deutschen Mönche, die vielfach ausdrücklich zur Ablösung der wegen ihres Lebens-

wandels berücktigten polnischen Orden in das Land gesandt wurden, für die Ausbreitung der deutschen Sprache von großer Bedeutung geworden sind. So finden wir in Oberschlesien bis an das Ende des 15. Jahrhunderts neben der lateinischen Sprache lediglich das Deutsche als Kirchensprache unter völligem Ausschluß des Polnischen.

Das kulturelle Uebergewicht des Deutschtums drückt sich in einer allmählichen Eindeutschung des slawischen Volksteils aus. Es wird unterstützt durch die in immer größerem Umfange vor sich gehende Blutmischung zwischen den Stämmen. Nach außen hin tritt der deutsche Einfluß in die Erscheinung in der Gründung der wichtigen Städte Oppeln, Ratibor, Gleiwitz und Beuthen und ganz besonders in dem Bau der heut vorhandenen großen Pfarrkirchen, in denen deutscher Bürgerfinn seiner Frömmigkeit ein Denkmal setzte.

Rückgang des Deutschtums: Durch seine Lehnsabhängigkeit von Böhmen wird das Land im 15. und 16. Jahrhundert in schwere Unruhen verwickelt. In den Hussitenkämpfen fallen plündernde, raubende, fengende Scharen über das Land und werden ganz besonders dem wohlhabenden Deutschtum zum Schaden. Zum schwersten Verhängnis für die Entwicklung des Deutschtums wird jedoch der Dreißigjährige Krieg. Die großen Menschenverluste, die diese bewegten Zeiten zur Folge hatten, können nur durch polnische Ansiedler ersetzt werden, da die Grundherren in der Unruhe der Zeit sich an die den Siedlern gewährten Rechte nicht lehnen wollen, vielmehr die neuen Niederlassungen nur unter den drückendsten Bedingungen zulassen. Der Glaubenszwang der Gegenreformation sowie das immer weiter um sich greifende „Bauernlegen“ wirken an ihrem Teile ungünstig auf die Ausbreitung des Deutschtums, ja, sie haben eine zeitweise stark anschwellende deutsche Abwanderung zur Folge.

Mit Riesenschritten geht in dieser trüben Zeit die Volksbildung abwärts. Im Jahre 1630 schreibt der päpstliche Protokollar Lucas Hoslenius von einer Reise durch das bereits wieder stark polonisierte Land, daß er sich außerhalb aller Kultur zu befinden glaube, daß alles „nach sarmatischer Art schmutzig, unflätig, barbarisch“ sei.

Die Segnungen der preussischen Herrschaft: Mit dem Erwerb Schlesiens durch Friedrich den Großen beginnt eine neue Zeit des Aufschwunges für das Land. Noch nach dem ersten schlesischen Kriege glaubte der große König auf die Erwerbung des eigentlichen Oberschlesiens gegen Ueberlassung einiger böhmischen Ausgleichsgebiete verzichten zu dürfen — so heruntergewirtschaftet war damals das Land. Glücklicherweise wurde dieser Gedanke nicht verwirklicht, und schon im Jahre 1748 beginnt die planvolle Arbeit des Königs zum wirtschaftlichen Aufbau auch dieses Gebietes. In die letzten Lebensjahre Friedrichs des Großen endlich fallen die Anfänge der oberschlesischen

Industrie. Ihr großer Aufschwung vollzieht sich trotz vieler Widerstände im 19. Jahrhundert und führt das Land in die Reihe der bedeutendsten Industriegebiete der ganzen Welt. Was deutsche Techniker, deutsche Beamte, deutsche Kaufleute und Unternehmer, deutsche Arbeiter und Handwerker in dieser Zeit geleistet haben, gehört an einen bevorzugten Platz in der Ruhmesgeschichte menschlichen Kulturwirkens und ist bekannt und bewundert auf der ganzen bewohnten Erde.

Es ist natürlich, daß dieser gewaltige industrielle Aufschwung dem Deutschtum in jeder Beziehung das Uebergewicht über das Polentum verschaffte. Wie im freien Spiel der Kräfte deutscher Gewerbesfleiß und Wirtschaftssinn dem polnischen Wesen in jeder Beziehung überlegen war, das zeigt besonders klar die Tatsache, daß in der Bevölkerung der Städte das Deutschtum fast dreimal so stark vertreten ist wie das Polentum.

Die natürliche Folge dieses Umstandes und einer vorausschauenden Schulpolitik war es, daß der deutsche Volksteil das Polentum immer mehr zu sich herüberzog. Von den nationalen und kulturellen Verhältnissen wird an anderer Stelle zu reden sein. Hier mag erwähnt werden, daß die obererschlesische Bevölkerung, soweit sie polnischer Abstammung war, infolgedessen durchweg zweisprachig wurde. Der obererschlesische Pole fühlte sich uneingeschränkt als Preuße und niemals als „Pole“. Noch in den achtziger Jahren ließ er die Bezeichnung „Du Pollak“ als Beleidigung gerichtlich verfolgen. Der „Dziennik Berlinski“ vom 26. Juni 1901 bestätigte es rückhaltlos, daß es den obererschlesischen Polen „an nationalen Traditionen mangelte“. Der Krakauer „Czas“ schrieb am 10. April 1903: „Heute noch können wir bei dem Oberschlesier auf die Frage: Bist du ein Pole oder ein Deutscher? die sehr charakteristische Antwort hören: Ich bin ebensogut ein Deutscher, wie ein Pole!“ Und im Jahre 1894 gestand der Polenfürher v. Roscielski in seiner Krakauer Rede es unumwunden ein, daß es das größte Verdienst der Posener Polen sei, „den jüngsten nationalen Bruder (gemeint ist Oberschlesien) zur nationalen Arbeit aufgerufen zu haben“, in schlichtem Deutsch gesagt: das Land künstlich aufgewühlt zu haben.

Zusammenfassung.

1. Die Urschlesier waren Germanen.
2. Die slawische Einwanderung brachte einen kulturellen Rückgang.
3. Die ackerbauliche, wirtschaftliche und soziale Erschließung verdankt das Land der großartigen deutschen Kolonisation.
4. Die deutsche Einwanderung war eine friedliche Durchdringung des Landes und erfolgte auf den ausdrücklichen Wunsch seiner Landesherren.
5. Oberschlesien ist im Jahre 999 durch kriegerische Eroberung, also durch Gewalt, unter polnische Herrschaft gekommen.

6. Die Zugehörigkeit Oberschlesiens zum polnischen Reiche hat bis zum ausdrücklichen Rechtsverzicht des polnischen Oberherrn nur 200 Jahre gedauert. Tatsächlich hat sie nur 164 Jahre bestanden.
7. Oberschlesien ist durch vertraglichen freiwilligen Verzicht des polnischen Oberherrn, also nicht durch Krieg, aus dem polnischen Staatsverband geschieden.
8. Das Deutschtum hat zu allen Zeiten die kulturelle Oberschicht gebildet. Bis zum 15. Jahrhundert war neben dem Latein lediglich das Deutsche die Kirchensprache des Landes.
9. Durch die deutsche Kulturarbeit ist Oberschlesien völlig eingedeutscht, weite Gebiete sind sogar nach deutschem Recht besiedelt worden.
10. Das deutsche Uebergewicht in der Bevölkerung bedeutete Kultur und Freiheit, das Uebergewicht des Slawentums Unkultur und Unfreiheit. Mit dem Rückgang des Deutschtums im 15. und 16. Jahrhundert sank der wirtschaftliche und soziale Niedergang des Landes ein.
11. Mit dem Uebergang Schlesiens an Preußen, der mit der polnischen Teilung nichts zu tun hat, beginnt eine neuerliche Durchdringung Oberschlesiens mit dem deutschen Element und damit zugleich der gewaltige industrielle, kulturelle und soziale Aufschwung.
12. Was Oberschlesien geworden ist, verdankt es deutschem Geist, deutscher Arbeit und deutscher Zähigkeit. Oberschlesien ist nicht nur nach politischem Recht, sondern nach heiligstem Naturgesetz deutsches Land.

3. Ist Oberschlesien heute noch deutsches Land!

Der geschichtliche Werdegang Oberschlesiens berechtigt uns, von einem historischen Recht Deutschlands auf das Land zu sprechen. Liegen nun auch gegenwärtig die politischen, sprachlichen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse so, daß wir das Gebiet heute tatsächlich als deutsches Land ansehen dürfen?

Die nationalen und politischen Verhältnisse: Legen wir für die Beurteilung der nationalen Verhältnisse das Verhältnis zu Grunde, in dem die Landessprachen zu einander stehen) wir werden später sehen, daß das bei Oberschlesien nicht statthaft ist), dann weist das Land eine nur schwache „polnische“ Majorität mit 54,37 v. H. auf. Die Nationalitäten treten hier in enger gegenseitiger Durchdringung auf. Bemerkenswert hierbei ist, daß die überwiegend polnischen Kreise 404 066 Deutsche, die überwiegend deutschen Kreise nur 149 382 Polen aufweisen. Daraus geht hervor, daß bei einem Anfall der Kreise mit mehr als 50 v. H. polnischer Bevölkerung an Polen dreimal soviel Deutsche unter polnische Herrschaft gelangen würden, als heute Polen unter deutscher leben.

Von Bedeutung ist der Umstand, daß im Gebiete rechts der Oder, wo die polnische Bevölkerung in größerer Zahl vertreten ist als im Gebiete links des Stromes, gerade die Industriezentren Beuthen, Rattowitz, Gleiwitz und Königshütte überwiegend deutsch sind. Am kleinsten ist die Zahl der Deutschen in Königshütte (59,8 v. H.), in Rattowitz steigt sie bis auf 85,9 v. H. Auch Oppeln, die Hauptstadt des Regierungsbezirks, weist 82,6 v. H. Deutsche auf.

Links der Oder ist das Polentum überhaupt schwach. Das ganze Gebiet ist zu 61,5 v. H. deutsch. Der Kreis Leobschütz ist sogar von 83,3 v. H. Deutschen und außerdem von 7,64 v. H. (6311) Tschechen bewohnt.

Der Gesamtanteil des Deutschtums an der ober-schlesischen Bevölkerung ist dauernd gestiegen, besonders deutlich im Industriegebiet:

	Deutsche:	Polen:
1890	28,8	67,5
1900	32,9	60,7
1910	41,2	51,4

Im ganzen Gebiet ist in den letzten 70 Jahren die deutsche Bevölkerung um 23,8 v. H. gestiegen, die polnische um 10,7 v. H. gefallen.

Die polnisch sprechende Bevölkerung gehört ausschließlich der Unterschicht an: Industrie- und Landarbeiter, Kleinbauern. Ein polnischer Mittelstand und eine polnische Oberschicht fehlen in Oberschlesien gänzlich. Die Tatsache, daß hier die nationalen und die Klassen-Gegensätze zusammenfallen, ist von den Polen stets zielbewußt ausgenutzt worden. Der Verlauf der Reichs- und Landtagswahlen vor dem Kriege spricht deutlich dafür, ebenso der Umstand, daß der bolschewistische Terror nach Ausbruch der Revolution von den Polen für ihre nationalen Zwecke dienstbar gemacht werden konnte — polnisch ist eben nur die Unterschicht, und nur die Unterschicht ist der bolschewistischen Agitation zugänglich.

Wir haben gesehen, daß die beiden Sprachen annähernd im Gleichgewicht miteinander stehen. Daß dieses Verhältnis keinen Schluß auf die nationale Gesinnung der ober-schlesischen Bevölkerung zuläßt, zeigen folgende Tatsachen:

Bei der Reichstagswahl 1912 sind von 171 177 polnischen (polnischen!) Stimmen nur 77 548 für polnische Kandidaten abgegeben worden. Ueber 93 000 „Polen“ haben deutsch gewählt.

Die Wähler waren zu 56,4 v. H. polnisch, zu 43,6 v. H. deutsch
 „ Stimmen „ „ 30,8 „ „ 69,2 „ „

Die letzte Wahl vor dem Kriege fiel mitten in eine große Abwanderung der polnischen Stimmen zur Sozialdemokratie (20 000 Stimmen von 1907 bis 1912). Dies beweist, daß ein großer Teil der polnisch sprechenden Wähler sich in dem Glauben

getauscht sah, daß die von ihnen gewählten polnischen Kandidaten ihre sozialen Forderungen vertreten würden. Bekanntlich haben sich die polnischen Fraktionen in den Parlamenten ganz ausschließlich bürgerlich-nationalistisch betätigt. Der polnische Stimmenverlust aber zwingt zu dem Rückschluß, daß zahlreiche Polen ihre Kandidaten eben nicht aus nationalen, sondern aus sozialen Rücksichten gewählt haben, und daß ferner die „nationale“ Bewegung in Oberschlesien — von einer kleinen Minderheit abgesehen — nicht bodenständig, sondern landfremd und von außen hereingetragen war.

Von dem Ausfall der Wahlen im Januar 1919 war im vorigen Kapitel schon die Rede. Es sei wiederholt, daß 60 v. H. aller Wahlberechtigten zur Urne gegangen sind und deutsche Kandidaten gewählt haben, und daß das Ergebnis noch weitaus besser gewesen wäre, wenn nicht der Terror der kleinen nationalistischen Minderheit und der landfremden Bolschewisten die Beteiligung ungünstig beeinflusst hätte.

Der polnische Religionsunterricht, der den Schülern auf Antrag ihrer Eltern erteilt wird, ist nach amtlicher Feststellung nur für 93 121 (von 248 376) polnische Kinder, also für nicht mehr als 21 v. H. verlangt worden. Von diesen Kindern sind beim letzten Schuljahrschluß 7884 wieder abgemeldet worden.

Rufen wir uns in die Erinnerung, was am Schluß des vorigen Kapitels ausgeführt worden ist: daß die Altpolen in Galizien und Kongreßpolen beständig über die nationale Gleichgültigkeit der ober-schlesischen Polen geklagt haben, daß ferner der ober-schlesische Pole die Bezeichnung „Pollak“ als eine Beleidigung empfand und gerichtlich verfolgen ließ; hören wir ferner, daß der „Kurzer Poznański“, damals das Blatt des Posener Erzbischofs v. Stablewski, im Jahre 1892 gegen die Einbeziehung Schlesiens in die großpolnische Agitation ausdrücklich protestierte; und stellen wir neben diese Tatsachen die soeben mitgeteilten Zahlen, so werden wir zu dem Schlusse kommen, daß in Oberschlesien polnische Sprache und polnische Gesinnung tatsächlich nicht gleichbedeutend sind. Aus dem Beispiele der Reichstagswahlen von 1912, bei denen fast die Hälfte der „polnischen“ Wähler deutsch gewählt hat, ersehen wir deutlich, daß nicht ein Viertel, sondern nur ein reichliches Fünftel der ober-schlesischen Bevölkerung trotz der Verhältnisse in der Sprachenfrage polnisch gesinnt ist.

Die Sprache des ober-schlesischen Polen: Die Muttersprache des „polnischen“ Oberschlesiers läßt sich mit dem eigentlichen Polnisch, dem „Hochpolnisch“, nicht verwechseln. Die Empfindung, daß es sich hier um eine besondere Sprache handelt, läßt sich in der Wissenschaft um mehr als zwei Jahrhunderte, also sicherlich bis in die Anfänge der Zeit, in der man sich mit dieser Frage beschäftigte, zurückverfolgen. Schon im Jahre 1705 gebrauchte Christian Meißner in einer „Abhandlung über die schlesischen Mundarten“ hierfür den lange im Gebrauch gebliebenen Ausdruck „Wasserpölnisch“ hierfür.

Das oberschlesische Polnisch hat mit dem Hochpolnisch kaum etwas gemein. Es ist ein Bulgärdialekt, ein von den Hochpolen oft bespötteltes Gemisch von Bulgärpolnisch und Bulgärdeutsch.

Niemals ist in Oberschlesien eine slawische Mundart zu kultureller Bedeutung gelangt. Bis zum Ende des 15. Jahrhunderts hat man das Polnische nicht einmal in der Kirche hören können. Erst nach der deutschen Abwanderung um diese Zeit tritt es allmählich auf. Niemals aber ist es Schriftsprache, niemals Urkundensprache gewesen.

Der polnischen Sprache ist es nicht gelungen, sich rein durchzusetzen. Der oberschlesische Mischdialekt, von dem sich sagen läßt, daß er ebensosehr oder sowenig eine deutsche wie eine polnische Sprache ist, hat bis auf unsere Tage eine durchaus selbständige Entwicklung abseits vom Hochpolnischen, ja im Gegensatz zu ihm genommen.

Die oberschlesische Mundart unterscheidet sich vom Hochpolnischen in grundlegender Weise. Die hochpolnischen Nasallaute *a* und *e* sind als solche ihr unbekannt (sie werden wie *ong*, *ung*, *on* oder *un* gesprochen). Die Anrede im Hochpolnischen geschieht in der zweiten Person der Ein- oder Mehrzahl, im Oberschlesischen bildet sie sich immer mehr zur dritten Person der Mehrzahl aus wie im Deutschen. Die Konjugation benutzt in Oberschlesien das persönliche Fürwort (ich, du usw.) im Gegensatz zum Hochpolnischen, das ohne Fürwort konjugiert. Viel bedeutungsvoller aber sind die unzähligen Unterschiede der beiden Sprachen in den Wortstämmen. In Oberschlesien hat man sie zum Teil ganz neu gebildet, zu einem anderen Teil außerordentlich stark dialektisch verändert. Oft hat dasselbe Wort eine ganz andere Bedeutung als im Polnischen (*tiżka* = poln.: Wurst, obshl.: dicke Milch; *pilka* = poln.: Ball, obshl.: Säge, *sciarka* = poln.: Scheuerlappen, obshl.: Mehlsuppe; *poradzić* = poln.: raten, obshl.: können, usw.). Besonders stark aber ist der Uebergang deutscher Wörter in die Sprache. Für alle höheren Begriffe gibt es nur deutsche Wörter, in zahlreichen Fällen aber auch für ganz alltägliche (*Schrank* = *szrank*, *Lust* = *lust*, *Kragen* = *krageł* usw.). Ganze Sätze sehen in der oberschlesischen Sprache so aus: „*To jest ferbei*“ (das ist vorbei); „*feinie smafuje*“ (das schmeckt fein); „*moj junge se schlecht aufiruje, ani se sztyfl nie wizarwal*“ (mein Junge führt sich schlecht auf, er hat sich nicht einmal die Stiefel gewichst); „*ten tuch jest tajer za cwaj taller fimf bim*“ (das Tuch ist zu teuer für zwei Taler fünf Böhm = 6,50 Mark).

Diese Tatsache erklärt es, daß der Oberschlesier zwar den Deutschen, aber nicht den Hochpolen versteht. Die „Schlesischen Wirtschaftsnachrichten“ vom 9. Dezember 1918 melden:

„In Guchow (Kreis Rybnik) sprach in einer von polnischer Seite einberufenen Versammlung ein großpolnischer Kaufmann hochpolnisch. Vereinzelte, dann dringlichere Zurufe der Zuhörer belehrten ihn, daß man ihn nicht verstehen könne, und forderten ihn auf, deutsch weiter zu sprechen, wodurch dann auch eine Verständigung ermöglicht wurde.“

Das führende Blatt Oberschlesiens, der „Katolik“, sah sich genötigt, diejenigen seiner Leser, die sich über den Gebrauch einer unverständlichen Sprache durch das Blatt beschwerten, mit der Erklärung abzuweisen, daß die Zeitung in richtigem Polnisch geschrieben, und daß nur der Oberschlesier infolge seiner schlechten Umgangssprache es nicht verstehe.

Nach alledem wird der anfangs gezogene Vergleich zwischen Polnisch—Oberschlesisch—Hochpolnisch und Deutsch—Englisch kaum als übertrieben angesehen werden können. In beiden Fällen liegt eine Gemeinsamkeit nur zwischen gewissen Elementen beider Sprachen vor.

Die überlegene Kulturkraft des Deutschtums läßt sich kaum klarer darstellen als in der Geschichte und der heutigen Gestalt der ober-schlesischen Sprache.

Die kulturellen und sozialen Zustände: Die Geschichte Oberschlesiens zeigt, daß aller kulturelle Aufschwung von deutscher Seite gekommen ist: erste Hebung der Ackerkultur durch den von den Deutschen mitgebrachten eisernen Pflug, Einführung des freien deutschen Rechts für die Gemeinden, Ausdehnung des Straßenbaus, Verbesserung der Stadt-, Dorf- und Hofanlagen, allgemeine Aufbesserung der Bodenausnutzung. Später Gründung und Förderung der ober-schlesischen Industrie, die ausschließlich deutsches Werk ist und in deren Geschichte polnische Namen vollständig fehlen (darüber Näheres im folgenden Abschnitt des Kapitals).

Die Geistesbildung des Oberschlesiens, auch des slawischen, ist ganz deutsch, entsprechend dem Umstande, daß die Führung in den Händen der deutschen Oberschicht liegt, während die Polen nur das Element der Arbeiter stellen und ihr Können auch als solche nur der deutschen Ausbildung verdanken.

Ausschließlich deutsches Werk sind die vorzüglichen Schulen. Nach Angabe des polnischen Statistikers Professors v. Romer in Krakau kommen auf 1000 Menschen in Oberschlesien ein Analphabet, in Galizien 480, in Kongreßpolen 590 — der schlagendste Beweis gegen die Behauptung der polnischen Agitation, daß der ober-schlesische Pole zu wenig aufgeklärt sei und daher in so geringem Maße polnisch wähle. Tatsache ist, daß der polnische Nationalismus da am schrankenlosesten auftritt, wo das Volk am wenigsten aufgeklärt ist, wie in Galizien und Kongreßpolen mit ihren 480 und 590 Analphabeten.

Die große Zahl der ober-schlesischen Schulen sei hier nicht aufgezählt. Erwähnt sei aber die „Deutsche Volksbücherei“ mit 1259 Ausgabestellen und 376 944 Büchern, die von 133 951 ständigen Lesern benutzt wird, unter ihnen etwa 78 v. H. Polen. 1915 wurden über 2½ Millionen Bände entliehen. Dagegen hat die „Polnische Volksbücherei“ mit ihren 150 Ausgabestellen im Berichtsjahr 1913-14 nur 2432 Bücher verliehen. Dieser Gegensatz zeigt deutlich, daß der Pole sich innerlich als zum deutschen Kulturkreis gehörig betrachtet.

Die großartige Arbeiterfürsorge ist einzig und allein eine Schöpfung der Deutschen, die mit ihrer Sozialgesetzgebung der ganzen Welt vorangegangen sind. Für die Invaliden- und Altersrentenversicherung zahlen die (deutschen) Werksbesitzer für ihre (deutschen und polnischen) Arbeiter 16 v. H. der Nettolohnsummen. Die Steigerung dieser Beträge belief sich in den letzten 20 Jahren auf 115 v. H. An freiwilligen Ausgaben für die Wohlfahrts Einrichtungen zahlten die Werke auf den Kopf der Arbeiterschaft zuletzt jährlich mehr als 62 Mark. Dies alles sind deutsche Ausgaben.

Als gewaltige Kulturleistungen des Deutschtums sind ferner anzusehen die öffentliche und die private Wohnungsfürsorge und die Gesundheitspflege.

Ein überzeugender Beweis endlich für die kulturelle Hebungskraft des Deutschtums ist auch der Umstand, daß zahlreiche Angehörige der polnischen Unterschichten als Akademiker, Kaufleute, Gewerbetreibende usw. in die Mittel- und Oberschicht aufsteigen. Dennoch gibt es keine bodenständige polnische Oberschicht und keinen polnischen Mittelstand. Der Aufgestiegene wendet sich so gut wie immer sofort dem Deutschtum zu, geht in ihm auf und ist für das Polentum verloren. Die verschwindenden Ausnahmen, in denen das Polentum Angehörige der gehobenen Schichten aufweist, sind fast immer auf Einwanderung zurückzuführen.

Der soziale Aufstieg des Einzelnen wirkt auch auf die allgemeine Lebensführung bei den Polen nach. Denn fast immer werden auch die in der unteren Gesellschaftsschicht zurückbleibenden Familienangehörigen des Emporgekommenen veranlaßt, ihre Lebenshaltung zu verbessern. Hierauf ist ganz besonders die fortschreitende Verminderung der für das Slawentum typischen Unwirtschaftlichkeit und Ordnungslosigkeit zurückzuführen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse: Oberschlesien verdankt seinen heutigen Volkswohlstand der Verbindung mit Preußen. Von 1896 bis 1914 ist der Anteil der Bevölkerungsklasse mit 900 bis 3000 Mark Einkommen von 22,8 auf 50,2 v. H. gestiegen.

Die Schaffung der oberschlesischen Industrie ist, wie erwähnt, ausschließlich deutsches Werk.

Die **Montanindustrie**, die weitaus wichtigste von allen, ist reindeutsch, wie überhaupt alle größeren Betriebe. In den Gewerbesteuerklassen 1 und 2 sind nur 4 polnische Betriebe vertreten gegen 929 deutsche.

Auch das **Kapital** der oberschlesischen Industrie ist reindeutsch. Von dem Aktienkapital sind 498 784 154 Mark in deutschen und nur 239 000 Mark in polnischen Gesellschaften angelegt. 212 deutschen Gesellschaften m. b. H. mit 35 643 000 Mark stehen nur 13 polnische mit 2 Millionen Mark Kapital gegenüber.

Die **Steuern** werden von den Deutschen aufgebracht. An der Staatseinkommensteuer ist das Deutschtum mit 21 611 148 Mark, also zu elf Zwölfteln, das Polentum mit 1 800 691 Mark, d. h. nur

mit einem Zwölftel beteiligt. Zu der Grund- und Gebäbesteuer zahlen die Deutschen 3 417 000, die Polen 310 000 Mark.

Der Grundbesitz ist überwiegend deutsch (über 71 v. H.). Erwähnt sei, daß der Magnatenbesitz, die Grundlage der oberschlesischen Industrie, sich durch Belehnung von deutscher, niemals von polnischer Seite gebildet hat.

Im Handwerk (27 000 Betriebe mit 36 000 Gesellen usw.) sprechen sämtliche Beteiligten deutsch, ein Viertel außerdem polnisch, nur ein Zwanzigstel besser polnisch als deutsch.

Das oberschlesische Genossenschaftswesen, dem Handel, Gewerbe und Landwirtschaft ihre Blüte verdanken, weist allein 700 deutsche Kreditgenossenschaften mit 110 000 Mitgliedern und mehr als 250 Millionen Mark Betriebskapital auf. Ihnen stehen nur 24 polnische Genossenschaften mit 13 000 Mitgliedern und 45 Millionen Mark gegenüber — ein Beweis für das uneingeschränkte Vertrauen weiter polnischer Kreise zu den deutschen Genossenschaften, der unterstrichen wird durch die Feststellung des polnischen Bankdirektors Wladislaus Tomaszewski in Posen, der 1913 in einer Abhandlung über das polnische Genossenschaftswesen schrieb:

„Man kann annehmen, daß die schlechte Wirtschaft der gewissenlosen Verwalter und ungenügende Kontrolle der fachmännisch nicht vorbereiteten Aufsichtsratsmitglieder jene Konsumvereine zur Liquidation oder zu einer schwachen Vegetierung führten.“

Das wirtschaftspolitische Übergewicht des Deutschtums liegt also sowohl hinsichtlich der Besitzverhältnisse wie der Leitung und der Leistung von Handel, Industrie und Handwerk klar zutage.

Fassen wir unsere Betrachtung der nationalen, politischen, sprachlichen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Oberschlesien zusammen, so ergibt sich für uns die Feststellung, daß auch das heutige Oberschlesien mit Fug und Recht als deutsches Land anzusehen ist.



Die dritte Frage:

Wo wird der Oberschlesier seinen Vorteil besser finden – bei Deutschland oder bei Polen?

1. Welcher von beiden Staaten ist politisch der gefestigtere?

Die Polen machen es sich leicht, wenn sie auf die schweren Wunden hinweisen, die dem deutschen Reiche der Krieg geschlagen hat, und demgegenüber die Hoffnung erwecken, daß das künftige Polen seinen Bewohnern ein Paradies sein werde. Es ist nicht abzustreiten, daß Deutschland harten Zeiten entgegengeht, die es nur unter Zusammenfassung seiner ganzen Kraft wird überstehen können, und daß andererseits in Polen vielfach der gute Wille vorhanden ist, mit dem Neuen auch etwas Gutes zu schaffen.

Aber in die Zukunft zu blicken, ist schwer. Zieht man die Schlüsse auf die Zukunft aus Vergangenheit und Gegenwart, so darf es als Gewißheit gelten, daß Deutschland ebenso wie die vielen schweren Krisen seiner Geschichte, den Dreißigjährigen Krieg, den Siebenjährigen Krieg, die Napoleonkriege, auch diese neueste und schwerste überwinden wird. Es wird wie damals seine Kräfte an der Not stählen und mit Zähigkeit an den Wiederaufbau gehen, wie ja überhaupt alle am Krieg beteiligten Staaten ihre ganze Kraft werden aufbieten müssen, wenn sie zu geordneten und sicheren Verhältnissen zurückkehren wollen. Man vergesse auch nicht, daß auch über Polen der Krieg hingegangen ist und daß er dort vieles vernichtet hat, was wieder neu geschaffen werden muß.

Ob Polen nun, selbst wenn man allen guten Willen bei ihm voraussetzt, die Kraft haben wird, etwas Lebensfähiges und Dauerndes zu schaffen, das ist nach den Erfahrungen seiner Geschichte sehr viel zweifelhafter. Es ist den Polen in dem ganzen langen Laufe ihrer Vergangenheit als selbständiges Volk niemals gelungen, gesicherte Staatsverhältnisse zu schaffen. Das Großherzogtum und das spätere Königreich Polen hat immer an seiner inneren Zerrissenheit gekrankt, an seinem unbedachten Wirtschaften aus dem Vollen, an seinem Mangel an politischen Erkenntnissen und großen Zielen. Es ist immer seinem imperialistischen Machthunger gefolgt.

In der Gegenwart erscheinen diese Verhältnisse, die bis zum Zusammenbruch des Polenreichs fortbestanden und ihn verschuldet haben, noch um vieles verschärft durch den Mangel an allen den Voraussetzungen, die für die Lebensfähigkeit eines modernen Staatswesens unerlässlich sind. Polen hat keine eingespielte Verwaltung, es hat noch kein geschultes Beamtenheer, hat, trotz der großen Bodenschätze, nie eine leistungsfähige Industrie gehabt — abgesehen von den Fabrikzentralen Warschau, Lodz, Sosnowice, wo die Industrie fast ausschließlich in den Händen der Ausländer, vorwiegend der Deutschen ist — es besitzt ein nur ganz kümmerliches Verkehrsnetz, ein völlig unzureichendes Schulwesen (nicht einmal jeder zweite Mensch kann lesen und schreiben), keine ausreichenden sanitären Vorrichtungen (in Stadt und Land herrschen Seuchen, und selbst in den Volksschulen haben unter zehnjährigen Kindern ansteckende Geschlechtskrankheiten große Ausdehnung gewonnen).

All diese, in Deutschland seit langem eingeführten, längst selbstverständlich gewordenen Dinge, müssen in Polen erst gleichsam aus dem Boden gestampft werden — eine Herkulesarbeit, ganz abgesehen von den ungeheuren Kosten.

Es muß bezweifelt werden, daß Polen alle diese Neuschöpfungen wird leisten können. Staatsbildend, das zeigt uns die Geschichte, ist das Polentum nie gewesen. Selbst das wenige Gute, was ihm zu schaffen gelang, verdankt es zumeist dem deutschen Adel, den seine Fürsten klugerweise an ihren Hof zu ziehen verstanden hatten. Und auch heut haben sich diese Dinge noch nicht gewandelt. Immer wieder weist die polnische Presse, und oft genug in großer Erregung, auf diese Tatsache hin. So schreibt die Krafauer Zeitung „Gaz“ in ihrer Nr. 187 vom 27. 7. 19:

„Die gegen uns erhobenen Vorwürfe der schlechten Finanzwirtschaft sowie der Unfähigkeit im Staatsaufbau sind leider nicht unbegründet. Dreiviertel Jahre einer schlechten, unsachgemäßen und leichtsinnigen Wirtschaft haben den Kredit des Staates untergraben. Sie haben nicht nur die polnische Valuta nicht geordnet, sondern sogar ihren verzweifelten Zustand noch zehnfach gesteigert. Diesen Tatsachen gegenüber sehen wir in der Hauptstadt eine Regierung ohne Meinung, ohne Willen, ohne Tatkraft, ohne männliche Charaktere. Und über dieser Regierung sehen wir einen Landtag ohne Mehrheit, ohne leitenden Gedanken, ohne verantwortliche Parteien, einen Landtag, der von der Verfassung angefangen bis zum Budget unfähig ist, irgend ein verständiges und auf einen weiteren Zeitraum berechnetes Gesetz zu beschließen.“

Aber noch schlimmer als das: Polen verfügt heut noch nicht einmal über feste Grenzen. Es muß sich seinen Bestand erst noch durch Kriege erkämpfen. Schon heut ist es mit allen seinen Nachbarn verfeindet. Es führt Krieg an allen Fronten, und was dieser Zustand für den inneren Ausbau eines Staates bedeutet, das lehren uns die jüngste Vergangenheit und die Gegenwart.

Ob Polen diese Kriege gewinnt oder nicht, es wird niemals ein Nationalstaat, sondern immer ein Nationalitätenstaat sein. Durch den Anfall Posens und Oberschlesiens würde sein Deutschthum auf zwei Millionen Seelen wachsen, d. s. 27. v. H. der Bevölkerung (während Deutschland nur über eine Million Polen = 1,7 v. H. verfügen würde). Dazu kämen 700 000 Russen und 400 000 Litauer im alten Kongreßpolen, ferner allein in Ostgalizien über $3\frac{1}{4}$ Millionen Ruthenen usw. Infolge der bekannten Unbuddsamkeit und nationalistischen Maßlosigkeit der Polen gegenüber allen anderen Nationalitäten würde das Land ein ewiger irredentistischer Brandherd werden, viel schlimmer noch als das alte Oesterreich. Vor allem würde es das Deutschthum in Polen sein, das Bedrückungen zu erwarten hätte, und das infolge der klar vorauszusehenden Entwicklung des Landes und der tiefstehenden Kulturverhältnisse in eine für es selbst vielleicht nicht ungefährliche Opposition gedrängt werden würde. Auch die Wesserpolen, die unter deutscher Herrschaft bessere Zeiten gesehen haben, würden diese Opposition stützen müssen.

Unter diesen Umständen wird Polen kein Nationalheer, sondern ein Nationalitätenheer haben, eine höchst bedenkliche Tatsache, angesichts der großen militärischen Aufgaben, die es sich selbst an seinen Grenzen gesetzt hat und die ihm die große bolschewistische Gefahr im Innern noch für eine lange Zukunft stellt.

Das ganze künftige Polenreich würde eine Zusammensetzung verschiedenartigster Teile sein. Da ist zuerst das sozialistisch-bolschewistische Kongreßpolen, mit seinem elenden Bauern- und Arbeiterstande, dann Galizien mit seiner hochentwickelten Oberschicht, aber ohne Mittelschicht und mit tiefstehender Unterschicht, ferner Posen mit einem ansehnlichen Mittelstand, und nun noch Oberschlesien mit seinem hochstehenden Mischvolk. Das Ganze ist lebensunfähig schon deswegen, noch mehr aber wegen der von Kongreßpolen her drohenden bolschewistischen Durchseuchung und wegen der Erschütterung, die durch die in Posen sich vorbereitende Revolution erfolgen wird.

In Posen spiken sich die Verhältnisse immer mehr zu. Das Volk empfindet nach seiner langen Zugehörigkeit zu Deutschland die Unfähigkeit der Verwaltung sowohl in Warschau wie in Posen schwer und lehnt sich immer energischer auf gegen die Lotter- und Vetternwirtschaft der Regierung, gegen die Bestechlichkeit der Beamten, gegen das soziale Unverständnis der Machthaber. Beispiele dafür sind in großer Zahl aus Zeitungsnachrichten bekannt geworden. Wie groß die Bedrohung der Ordnung und der Ruhe durch die Massen der Arbeitslosen ist, geht aus den ungeheuren Zahlen hervor, die die polnische Statistik selbst dafür angibt. Darnach ist in Kongreßpolen jeder zehnte, in Lodz sogar fast jeder dritte Mensch ohne Arbeit.

In welsch' furchtbarer Zerrüttung sich die polnischen Finanzen befinden, darüber ist Näheres in dem Abschnitt über die zu erwartenden

den Steuern nachzulesen. Aus diesen Angaben und aus der scharfen Kritik des Krakauer „Gaz“, die weiter oben mitgeteilt wurde, geht unzweifelhaft hervor, daß die polnische Staatswirtschaft zusammengebrochen ist, noch ehe sie ins Leben treten konnte.

Kann es nach alledem noch eine Frage sein: ob Deutschland oder ob Polen die besseren Aussichten für seinen zukünftigen Bestand hat?

2. Welcher Staat wird seinen Angehörigen die größere Freiheit gewähren?

Die maßlose Heße gegen Deutschland, die unsere Feinde während des Krieges ins Werk gesetzt haben, hat es dahin gebracht, daß unser Vaterland vor der Welt als ein Land der Unfreiheit, der Sklaverei und Knechtschaft dasteht, dessen Befreiung und Demokratisierung unsere Feinde zu einem Hauptpunkt ihres Kriegsprogramms gemacht hätten. Daß diese Ausstreunungen nichts anderes waren, als ein Vorwand für die feindliche Gewaltpolitik, das zeigten unsere Gegner deutlich genug, als sie unser Volk auch dann noch mit dem wütendsten Haße verfolgten, als es sich nach der Revolution die demokratischste Verfassung der Welt gegeben hatte. In Knechtschaft hat das deutsche Volk niemals gelebt. Heute aber gibt es auf der ganzen Welt keinen freieren Bürger als den Deutschen, und in keinem anderen Staate der Welt besteht auch nur die Aussicht, daß das Volk sich dieselben Rechte erkämpfen könnte — in Polen am allerwenigsten, wie wir weiter unten sehen werden.

Die freiheitliche deutsche Verfassung nimmt sich ganz besonders der Mitbürger fremder Nationalität an. In den Gebieten mit polnisch-sprechender Bevölkerung ist die polnische Sprache sowohl im Religionsunterricht wie in der Verwaltung gleichberechtigt mit der deutschen.

Zum Teil grundfalsch, zum Teil maßlos übertrieben ist das, was die polnische Agitation an der früheren Stellungnahme der preussischen Regierung gegenüber den Polen auszusetzen hat. Das Ansiedlungsgesetz vom 26. April 1896, gegen das sich diese Angriffe in der Hauptsache richteten, war eine Abwehrmaßnahme gegen die Folgen der großzügig und systematisch betriebenen polnischen Ansiedlungspolitik in Posen und Westpreußen. Dieses Gesetz bezweckte nichts anderes als die Bereitstellung geeigneten Landes für die Ansiedlung, und es erfüllte diese Aufgabe durch die Regelung des freihändigen Ankaufs freiwillig angebotener Grundstücke. Erst als sich herausstellte, daß die Polen sich von dem freiwilligen Landangebot hartnäckig ausschlossen, ja es sogar planmäßig hintertrieben, erging am 20. März 1908 ein Enteignungsgesetz. Dieses neue Gesetz ist — das hat die polnische Demagogie sehr wohl zu verschleiern verstanden — insgesamt in nur vier Fällen, und zwar in jedem von ihnen mit äußerster Milde angewandt worden. Das enteignete Gelände umfaßt im ganzen nicht

e i n m a l 1560 Hektar, und zwar ausnahmslos nur solche Grundstücke, die kurz zuvor aus deutscher in polnische Hand übergegangen waren. Es erübrigt sich zu bemerken, daß auch diese Erwerbungen nur gegen reichliche Geldentschädigungen erfolgten, daß es sich also niemals etwa um „Raub“ an polnischem Besitztum gehandelt hat.

Eine weitere Verteidigung der früheren preußischen Polenpolitik ist heute nicht mehr nötig, da unter den neuen Verhältnissen die Regierungen des Reiches und des preußischen Staates in der Polenfrage eine von Grund auf veränderte Stellung einnehmen. Auf die Gleichstellung der polnischen Sprache mit der deutschen ist bereits hingewiesen worden. Der preußische Staatsangehörige polnischer Zunge ist heute im Besitz derselben Freiheiten wie der deutschsprechende Bürger. Es ist selbstverständlich, daß unter diesen Umständen auch das Enteignungsgezet gefallen ist (12. März 1919).

Von besonderer Wichtigkeit ist es, daß gerade Oberschlesien in diesen Tagen die weitestgehenden Freiheiten erhalten hat. Ihm ist die provinzielle Autonomie mit einem eigenen Landesrat unter verhältnismäßiger Beteiligung der Polen zugesprochen worden, und so ist eine doppelte Gewähr dafür geboten, daß der polnisch sprechende Mitbürger fortan in jeder Hinsicht dieselbe staatsrechtliche Stellung innehaben wird wie der deutsche.

„Autonomie“ versprechen auch die Polen den ehemals preußischen Gebieten. Sie wissen, warum. Sie sind klug genug, zu erkennen, daß die nationalistischen Hitzköpfe, die gewisse Teile des polnisch sprechenden Volkes in den strittigen Gebieten mit sich zu reißen verstanden, ihre Gefolgschaft verlieren werden, wenn die Zustände der Welt bekannt werden, die heut schon in Posen herrschen, Zustände also in dem Lande, das die zweifelhaften Segnungen der polnischen Herrschaft schon im reichsten Maße kennen gelernt hat. Immer heftiger werden die Angriffe der Posener Polen auf das Warschauer Regierungssystem, immer deutlicher klappt vor ihren Augen der Abgrund finanziellen und wirtschaftlichen Elends, in das sie die Verkopplung mit den unkultivierten und dilettantisch bewirtschafteten Altpolen stürzen würde. Aus solchen Erkenntnissen entstand Korsantys Entwurf zu einem Autonomiegezet für die bisher preußischen Gebiete. Man lasse sich nicht täuschen! Nicht als ob Preußisch-Polen darnach Herr in seinem eigenen Hause und Herr über seinen eigenen Geldbeutel werden würde. Nein, das können die Warschauer Gewalthaber nicht zugestehen, sie gedenken, von dem Gelde der „befreiten Stammesbrüder“ und ihrer unglücklichen Landgenossen recht reichlichen Gebrauch zu machen. Wenn dieser Gesetzentwurf durchginge — und das wäre wohl schon das äußerste Zugeständnis! — dann würden Heer-, Flotten- und Verkehrsweisen und natürlich auch die auswärtige Politik, vor allem aber die Finanzen, also Steuern und Zölle mit der polnischen Wirtschaft unlösbar verknüpft werden: Oberschlesien hätte nach Warschau zu zahlen. Und wie die

Dinge in dem ärmlichen, ausgepowerten Kongresspolen liegen, würde Oberschlesien als reichstes Gebiet die Hauptlast zu tragen haben und würde doch von den Wirkungen seiner Opfer selbst sehr wenig zu sehen bekommen. Wohin die Reise geht, das zeigt sehr deutlich ein Bericht der „Gazeta Torunska“ vom 11. Juni 1919, in dem es heißt:

„Am 6. Juni las im polnischen Reichstag der Präsident Trapeczynski einen Brief vom Kommissariat des Obersten Volksrates in Posen vor, der den Reichstag auffordert, so schnell wie möglich Hilfe für die durch den Krieg gequälte Bevölkerung der befreiten östlichen Gebiete Polens zu gewähren und „das Posensche“ zu veranlassen, nach Kräften diese Hilfe zu bringen“.

Also „das Posensche“, das heißt die Klique seiner polnischen Gewalthaber, sieht schon jetzt, daß Ostpolen sich nicht allein erhalten kann, und wie das Posensche sich zum Aderlaß bereitstellt, so würde später auch Oberschlesien bluten müssen..

So sähe die polnische „Autonomie“ für Westpolen, das ehemals preußische, aus! Das wäre die „politische Freiheit“ der „befreiten Brüder“! Und wie es um die Freiheit des Einzelnen stände, das besagt schon ein kurzer Hinweis auf das traditionell anmaßende und volksbedrückende Benehmen der „Schlachta“, des polnischen Adels. Es ist noch nicht vergessen, wie im alten Polen die „Hundepeitsche des „Pan“ regiert hat, wie rechtlos der Bauer und der kleine Mann dem großen Herrn gegenüber war, wie elend das Volk lebte und wie üppig der Schlachta, eben der „Herr“, schlemmte und prafte. Und bis auf den heutigen Tag ist das nicht anders geworden. Auch heute noch füllen sich in Polen die großen Herren die Taschen und lassen das Volk zusehen, wie es mit seiner Armut fertig wird. Aus tausend Nachrichten der rheinisch-westfälischen Polenpresse haben wir es von Augenzeugen erfahren, wie in Kongresspolen und ebenso im Posenschen für die großen und die kleinen Herren, die zu einem Amt gekommen sind und die nun „die fetten Gehälter kriegen und Zigaretten rauchen“, das Volk gar nicht da ist, wie der einfache Mann von ihnen angefahren wird, und wie sie ihm nur gegen Bestechung zur Verfügung stehen. Das Bild des polnischen Machthabers ist zu bekannt, als daß es noch weiter ausgeführt werden mußte.

Wie es um das Recht der freien Meinungsäußerung unter polnischer Herrschaft steht, dafür haben wir sprechende Beispiele in den unzähligen Verboten deutscher Zeitungen in der Provinz Posen. Ein einziges freies Wort genügt der Posener Regierung, um die Zeitung zu unterdrücken und ihr den Lebensfaden abzuschneiden. Ja, das „Posener Tageblatt“ ist verboten worden, weil es nach dem Gebrauch der deutschen Sprache den Familiennamen der Frau ebenso geschrieben hat wie den des Mannes und nicht wie im Polnischen mit weiblicher Endung (Herr Dembinski, Frau Dembinska)! Viele deutsche Zeitungen in Posen sind eingegangen, und die wenigen, die noch er-

scheinen, müssen das schreiben, was die polnische Regierung von ihnen verlangt.

Wo wird der Oberschlesier nun die größere Freiheit finden, in Deutschland oder in Polen?

3. Was für Aussichten hat die Industrie?

Wir rühren hier an den Lebensnerv Oberschlesiens.

Das obereschlesische Industriegebiet hat eine überaus ungünstige geographische Lage. Ihm fehlen die großen Wasserstraßen für den Transport der Industrieerzeugnisse. Die Oder, die einzige Wasserstraße, die aus dem Lande herausführt (nach dem Osten fehlt die Verbindung zu Wasser vollständig), wird schiffbar erst bei Cosel; also ein großer Weg muß unter allen Umständen mit der Bahn zurückgelegt werden. Aber selbst die Oder mit ihren ungünstigen Wasser- und Flußbettverhältnissen reicht als Transportweg nur für einen bescheidenen Teil der obereschlesischen Industrieerzeugnisse aus. Weit aus das meiste muß den kostspieligen Weg über die Eisenbahn nehmen.

Die obereschlesische Industrie wäre also durchaus lebensunfähig, weil sie sich infolge der bedeutenden Verteuerung ihrer Erzeugnisse durch den Bahntransport gegen die billigere Konkurrenz des Auslandes nicht behaupten könnte, — hätte nicht die großzügige Wirtschaftspolitik des Reiches geholfen und der Industrie zum Ausgleich für die fehlenden Wasserstraßen die bekannten **Ausnahmetarife** für den **Bahntransport** eingeräumt.

Wenn nun Oberschlesien zu Polen käme, das heißt, wenn es für das Reich „Ausland“ würde, dann würden selbstverständlich die deutschen Ausnahmetarife wegfallen. — Denn Deutschland hätte am Gedeihen einer ausländischen Industrie kein Interesse. Ganz im Gegenteil. Es hätte die Pflicht, seine eigene Industrie gegen die Konkurrenz des Auslandes zu schützen. Gewiß, Deutschland wird auf die obereschlesische Kohle niemals ganz verzichten können, auch wenn es sie über eine polnische Grenze einführen müßte. Sein eigenes Lebensinteresse aber würde es darauf hinweisen, den **Auslandsbezug** auf das **allernotwendigste** einzuschränken, die Vergünstigungen an die polnische Kohlenindustrie auf das allergeringste, durch den Friedensvertrag auferlegte und mit seinem eigenen Bedarf vereinbarte Maß herabzusetzen und im übrigen mit allen Mitteln die inländische, namentlich die westdeutsche Bergwerksindustrie zu stärken und ihre Kohlenförderung zu heben. Und wie mit der Kohle, so würde Oberschlesien mit allen seinen Erzeugnissen dieselben Erfahrungen auf dem deutschen Arbeitsmarkte machen.

Die ungeheure Wirkung dieser Tatsache können wir uns durch folgende Zahlen veranschaulichen. Von seiner Ausfuhr sandte Oberschlesien (in Tausend Tonnen):

	ins Ausland:	ins innere Deutschland:
Rohle	15 200 (44,4 v. H.)	19 280 (55,6 v. H.)
Eisen	80 (6,3 ")	1 191 (93,7 ")
Zink	38 (24,4 ")	117 (75,8 ")
Blei	17 (43,3 ")	22 (56,7 ")
Zement	bleibt fast ganz in Deutschland.	
Kalk	" " " " "	"

Die Verminderung des Absatzes nach Deutschland, der in den wichtigsten Zweigen $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ der ganzen Ausfuhr beträgt, würde für die Industrie Oberschlesiens geradezu eine Lebensfrage werden. Man stelle diesen Tatsachen die Aussichten entgegen, die sich für die ober-schlesische Industrie bei der Wiederkehr gesicherter Verhältnisse in Deutschland ergeben würden. Bei dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft würde der ober-schlesischen Produktion eine ungeheuerere Aufgabe zufallen. Alle Mittel müssen und würden eingesetzt werden, um die Rohstoffe und Warenerzeugung Oberschlesiens zum Höchstmaß ihrer Leistungsfähigkeit zu steigern. Ein neues gewaltiges Wachstum, eine neue ungeahnte Blüte steht ihr beim alten Vaterland bevor — im vollkommensten Gegensatz zu den Verhältnissen, die ihrer bei Polen warten. Ganz abgesehen von unendlich vielen anderen Gründen, die noch besonders notiert werden müssen, liegt für ein junges Allpolen die unausweichliche Notwendigkeit vor, zuallererst die überaus im Argen liegenden Zustände der kongreßpolnischen Industrie zu festigen. Und darüber wird sich niemand einem Zweifel hingeben dürfen: Den Männern der Warschauer Regierung wird bei einem Interessengegensatz zwischen den Industrien Kongreßpolens und Oberschlesiens die letztere gewiß weniger am Herzen liegen als die erstere, sie werden ein weiteres Aufblühen der so gut wie rein deutschen Marken Oberschlesiens eher darniederhalten als fördern und werden alles daran setzen, der nationalpolnischen Industrie des ehemaligen Russisch-Polen auf die Beine zu helfen.

Auch die ober-schlesische Ausfuhr nach nicht-deutschen Ländern dürfte durch die Versperrung der westlichen Bahnen zu schwer betroffen werden. Der Schienenstrang durch den polnischen Korridor zur Ostsee wird keinen vollen Ersatz bieten. Jedenfalls ist schon bisher der größte Teil des Auslandsabatzes den Weg nach Westen über Deutschland gegangen.

Ließen diese Folgen sich umgehen? Der Gedanke liegt nahe, daß auch Polen innerhalb seines Landes Ausnahmetarife schaffen könnte. Da muß darauf hingewiesen werden, daß im Gegensatz zu Oesterreich, das vor dem Kriege für den geringen ober-schlesischen Import in sein Inneres gleichfalls Ausnahmetarife bewilligte, Rußland davon abgesehen hatte, weil es die polnische Industrie nicht schädigen

durfte. Es ist klar, daß heute derselbe Grund ausschlaggebend wäre, und für ein selbständiges Polen noch weit mehr als früher für Rußland. Polen darf ja sich selbst nicht Konkurrenz machen, und für einen Transport über die polnische Ostgrenze hinaus reichte schon unter den günstigen Bedingungen der Friedenszeit die oberschlesische Konkurrenzfähigkeit nicht; der Transport würde zu teuer, denn auch hier fällt der Wasserweg vollständig fort.

Was aber sollte Polen mit dieser ungeheuren Eigenproduktion? Selbst verbrauchen könnte es sie nicht. Der Kohleverbrauch, der dort 0,63 Tonnen auf den Kopf und das Jahr beträgt (in Deutschland 3,35 Tonnen) müßte um 0,68 Tonnen und der Eisenverbrauch von 19 (in Deutschland 136) auf 62,2 Kilogramm emporschnellen, also um 100 bezw. 327 v. H. Das könnte kein noch so industriereiches Land leisten, geschweige denn ein so armes und dünnbevölkertes wie Polen.

Es kommt hinzu, daß die mächtig aufgeblühte oberschlesische Eisenindustrie einen Schlag aus anderer Richtung erhalten würde. Sie ist infolge der geringen Erzvorkommen in Oberschlesien ganz und gar auf die Einfuhr von Schmelzmaterialien angewiesen. Diese Einfuhr geschah durchweg aus Deutschland oder doch über deutsche Bahnen. Ganz abgesehen davon, daß sie wirtschaftlich nur möglich war, weil die Ausnahmetarife es gestatteten, wird auch zu bedenken sein, daß Deutschland bei seiner größeren Nähe auch von den ausländischen Erzvorkommen ein leistungsfähigerer Zähler auf dem Eisenerzmarkte der Welt sein würde, als die auf den langen, verteuernenden Bahntransport angewiesene Industrie eines polnischen Oberschlesiens.

Auch die Zementindustrie würde erledigt sein, weil selbst der geringe Export (nach dem Süden) schon vor dem Kriege durch die tschechische und österreichische Fabrikation immer mehr verdrängt wurde.

Endlich soll und muß auch in diesem Zusammenhange darauf hingewiesen werden, wie ungeklärt in dem jungen Polenreiche die staatlichen Verhältnisse und wie unsicher die Aussichten seiner erst aus dem Boden zu stampfenden Wirtschaft sind. Die polnische Valuta sagt alles — 1 poln. Mark (normaler Weise gleich 1 deutsche Mark) ist heut, Mitte Januar, 37 deutsch. Pfg. wert. Nebenbei ein verhängnisvoller Umstand für den Anlauf der Rohstoffe!). — Die Industrie ist überall auf Gedeih und Verderb mit dem Staatswesen verbunden, in dem sie schafft. Was unter diesem Gesichtspunkte, der Anfall Oberschlesiens an Polen für die Industrie des Landes bedeuten würde, braucht nicht näher ausgeführt zu werden.

Für die Industrie ist noch eine lange Reihe weiterer Fragen, besonders Arbeiter- und Steuerfragen, von Wichtigkeit, die auch andere Kreise der Bevölkerung angehen. Sie sind in dieser Schrift an anderen Stellen behandelt. Wir sehen deutlich, daß Oberschlesiens ungünstige geographische Lage für die einheimische Industrie einen Ausgleich nur bei einem Anschluß an Deutschland fand, daß die oberschlesische

Industrie infolge der weitschauenden Wirtschaftspolitik Deutschlands sich ganz auf den Zusammenhang mit dem Reiche eingestellt hatte, daß sie bei einem Uebergang an Polen den lebensnotwendigen Absatz nach Deutschland und die Einfuhr der Rohstoffe aus Deutschland zu einem großen Teil verlieren würde, daß infolge der mangelnden Verkehrsverbindungen nach dem Osten und infolge der Ausnahmefähigkeit Polens ihr alle weiteren Absatzmöglichkeiten abgeschnitten würden. Und so erkennen wir:

Oberschlesiens Industrie lebt und stirbt mit Deutschland. Durch einen Anschluß an Polen würde sie glatt erwürgt werden.

4. Wo wird der Arbeiter besser aufgehoben sein?

Wo es der Industrie gut geht, da hat auch der Arbeiter gute Zeit. Wo die Industrie gesicherte Verhältnisse findet, da ist auch die Existenz des Arbeiters gesichert. Wo sie gut verdient, da muß und kann sie gute Löhne zahlen. Und wo ihr die Pulsadern durchgeschnitten werden, da muß der Arbeiter mit ihr untergehen. Die Frage nach dem Lose des Arbeiters ist somit in der Hauptsache bereits durch die Erörterungen über die Aussichten der Industrie beantwortet.

Aber die Arbeiterfrage hat noch andere Seiten. Sie sind wichtig genug, hier eingehend betrachtet zu werden.

Sehen wir uns einmal an, wie die Arbeiterklasse Oberschlesiens unter deutscher Herrschaft gestellt war.

In Oberschlesien ist in der kurzen Spanne von 1896 bis 1914 die Einkommenklasse unter 900 Mark von 75,8 auf 45,8 v. H., also von mehr als drei Vierteln bis auf weniger als die Hälfte aller Einkommen, gesunken. Die Personen mit steuerfreiem Einkommen sind in gewaltiger Zahl zu den höheren Einkommenstufen heraufgestiegen. Allein der Anteil der Einkommenklasse von 900 bis 3 000 Mark, in der sich vorwiegend die Arbeiter befinden, ist in den wenigen Jahren von 28,8 auf 50,2 v. H. gestiegen — der schlagendste Beweis für den blühenden und geradezu fabelhaft schnell zunehmenden Wohlstand des obereschlesischen Arbeiterstandes unter der deutschen Herrschaft.

Wie sieht es mit dem Verdienst des Arbeiters in Polen aus?

Am 20. März 1919 hielt der sozialdemokratische Abgeordnete Daszyński im polnischen Landtag eine Rede, in der er über die Lage der Arbeiter im Kohlenrevier von Bendzin sagte:

„Wir haben dort eine vieltausendköpfige Arbeitermasse, die die niedrigsten Löhne beinahe der ganzen Welt erhält!“

Und das ist wahrlich nicht übertrieben. Der Landesdurchschnitt (also nicht einmal der im Revier vom Bendzin gezahlte Lohn) betrug nach Angabe des polnischen Statistikers v. Orpiszewski 10,95 bis 15,10 Mark Wochenlohn für den Fabrikarbeiter, für den Landarbeiter

9—11,30 Mark und für die Landarbeiterin 4,90 bis 7,20 Mark (in Deutschland für den Landarbeiter 19,50 Mark, für die Landarbeiterin 13 Mark, also weit mehr als das Doppelte).

Aber selbst diese lärgliche Existenzmöglichkeit konnte Polen nur einen Bruchteil seiner Arbeiterklasse bieten. Ein großer Teil fand überhaupt keine Arbeit. Er mußte, wenn er nicht Hungers sterben wollte, seine Arbeit im Auslande suchen. Das polnische Auswandererheer war zu allen Zeiten ungeheuer groß. Freilich, auch Deutschland schickte alle Jahre eine Anzahl seiner Söhne über See. Aber was sind die 25 000 Auswanderer des deutschen 65-Millionenvolkes (denen noch dazu jährlich 15 000 Rückwanderer gegenüberstanden!) im Vergleich zu den 390 000 Menschen, die jedes Jahr das mit 13 Millionen Seelen bevölkerte Kongreßpolen verließen, und zu den 246 000 Auswanderern, die Galizien alle Jahre stellte! Das sind Zahlen, die eine furchtbar ernste Sprache reden. . . .

Und gerade der Oberschlesier sollte ihr sein Ohr öffnen. Denn was sagen die Zahlen ihm? Sie sagen ihm, daß dieses gewaltige Heer arbeitsloser Menschen ihm eine verhängnisvolle Konkurrenz machen wird. Es wird sich im breiten Strome auf die Arbeitsstätten seiner Heimat ergießen, es wird seine Löhne auf ein Nichts herunterdrücken, es wird jede beliebige Zahl von Streikbrechern stellen können, die ihm von vornherein jede Aussicht auf Erfolg im Wirtschaftskampfe rauben werden. Der Oberschlesier hat die Scharen armseliger Männer und Weiber, die man „Sachse ngänger“ nannte, mit ihren dürftigen Bündeln auf den Bahnhöfen seines Landes Tag für Tag sehen können, und man wird ihm nicht zu erzählen brauchen, daß sie lebende Beweise waren für die traurigen Arbeiterverhältnisse ihrer Heimat. Sie werden, wenn sie erst einmal seine Landsleute sein werden und wenn keine Regierung ihn vor der unheilvollen Konkurrenz dieser bedürfnislosen und kulturell tiefstehenden Armen schützt, seine furchtbarsten Feinde sein. Und das Schlimmste ist, daß er den Kampf mit ihnen unter den Bedingungen des drückendsten Beschäftigungsmangels wird aufnehmen müssen, in den der Anschluß an Polen die oberschlesische Industrie notwendig stürzen muß.

Der Krieg hat die geschilderten Zustände noch beträchtlich verschärft. An anderer Stelle wurde schon darauf hingewiesen, daß nach den Angaben der polnischen Statistik heut in Kongreßpolen jeder Zehnte, in Lodz allein fast jeder dritte Mann ohne Arbeit ist.

Und dann darf der oberschlesische Arbeiter nicht vergessen: Die Sorge für sein Alter, für die Zeit seiner Arbeitsunfähigkeit, für seine Hinterbliebenen wird nach dem Anschluß an Polen aufgehört haben. Eine so großartige Arbeiterfürsorge, wie sie Deutschland hat, besitzt, das weiß er ja, kein anderes Land der Welt. In Polen müßte sie vollends erst aus dem Boden gestampft werden. Eine Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung gibt es dort überhaupt noch nicht, eine Unfallversicherung besteht zwar, aber nur für Betriebe mit mehr als 16 Arbeitern und

selbst da ohne Zwangscharakter. Dagegen hat das deutsche Oberschlesien allein im Jahre 1917 aus der Unfallversicherung 10,5 Millionen Mark, aus der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung 9,5 Millionen, zusammen also in einem Jahre 20 Millionen Mark gezahlt. Diese Summe übertrifft die gesamte obereschlesische Staatseinkommensteuer um 600 000 Mark. Derartige Aufwendungen könnte sich eine junge Einrichtung, wie es die polnische Versicherung wäre, selbstverständlich nicht leisten. Der obereschlesische Arbeiter würde der Wohltaten verlustig gehen, auf die er nach seinen zum Teil jahrelangen Beitragsleistungen an die deutsche Versicherungsanstalt ein Anrecht hatte. Denn das wird doch wohl niemand glauben, daß die deutsche Reichsversicherung an ihn Versicherungssummen auszuzahlen verpflichtet wäre und auszahlen würde, wenn er Pole geworden und aus ihrem Bereiche geschieden wäre! Es braucht kaum noch näher ausgeführt zu werden, daß der Verfall der Versicherung für jeden einzelnen Arbeiter eine Verarmung bedeuten wird. Er müßte höhere Verdienste haben, um diesen Ausfall wieder einzubringen. Und so scheint es, daß auch dieser Punkt einer sehr ernststen Betrachtung wert ist.

Hier muß noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Fürsorge für die Kriegsteilnehmer, für die Kriegsbeschädigten in erster Linie, ein finanzielles Hauptproblem in allen am Kriege beteiligten Staaten bilden wird. Die deutsche Regierung wird den Kriegsbeschädigten mit allen Kräften zu Hilfe kommen, wie es ja schon unter dem alten Regime eine immer wieder vorgebrachte Forderung der Sozialdemokraten, der heutigen Regierungspartei, war, daß die Kriegsinvaliden Anspruch auf eine auskömmliche Unterstützung hätten. Es ist wohl nicht anzunehmen, daß die polnische Regierung, die vor finanziellen Schwierigkeiten nicht aus noch ein weiß, sich groß für die alten Krieger interessieren wird, die in den fünf schweren Jahren auf deutscher Seite, also auf Seiten ihrer Feinde gekämpft haben! Der Oberschlesier, der im großen Kriege seine Gesundheit und seine geraden Glieder geopfert hat, würde sich im künftigen Polen mit Sicherheit auf die Straße gesetzt sehen.

Zu alledem kämen dann noch die höheren Steuern, die der Staat von ihm verlangen würde, und von denen in einem der folgenden Abschnitte ausführlich die Rede sein wird. In Oberschlesien würde die steuerliche Mehrbelastung unter polnischer Herrschaft wohl ganz besonders den Arbeiter treffen, denn zweifellos wird die zu erwartende Abwanderung verschiedener Industriebetriebe oder wenigstens eines großen Teils des Industriekapitals einen starken Ausfall der Großsteuerzahler zur Folge haben. Der polnische Staat könnte diesen Ausfall nicht anders wett machen als dadurch, daß er die untere Steuergrenze herabsetzt, das heißt, daß er auch Einkommen von weniger als 900 Mark zur Steuer heranzieht.

Hat sich der obereschlesische Arbeiter überhaupt schon einmal klar gemacht, daß er bei einem Uebergange von Deutschland an Polen von

einem Lande des Sozialismus zu einem Lande des ausgesprochenen Antisozialismus kommen würde? Durch die soziale Agitation der polnischen Parlamentskandidaten darf er sich nicht blenden lassen. Sie sind mit schönen sozialen Reden in den Wahlkampf gezogen, haben den oberschlesischen Arbeiter mit ungezählten Versprechungen umworben, aber im Reichstag und Landtag haben sie alles das, was sie zugejagt hatten, immer wieder gründlich vergessen. Um die Sorge der Arbeiter haben sie sich nie gekümmert — ihr ganzes Arbeitsziel war nichts anderes als die Durchführung einer maßlosen polnisch-nationalen Opposition. Im neuen Polenreich wird das alles nicht besser sein. Der nationalistische Terror stellt sich den Interessen der Arbeiter schroff entgegen. Auch bei den Posen er Wahlen zum polnischen Landtag im Juni 1919 hat er es rücksichtslos zu verhindern gewußt, daß auch nur ein einziger Arbeitervertreter ins Parlament gewählt wird. Wenn die polnische Agitation in Oberschlesien sich im letzten Jahr der kommunistischen Bundesgenossenschaft bediente, so war das ein Hohn auf den wahren Sachverhalt. Es konnte niemand darüber hinwegtäuschen, daß Spartakus von den Polen keineswegs geliebt, sondern auch hier wieder lediglich zu nationalistischen Vorspanndiensten gemißbraucht wurde.

Was sich polnische Regierungsorgane in Posen schon heut erlauben können, das zeigt der Umstand, daß der Gouverneur von Posen im Juli dieses Jahres für den Gouvernementsbezirk die Arbeitszeit von acht auf zehn Stunden erhöht und dafür, wohl zum Ausgleich, den Lohn um ein Viertel gekürzt hat. So ist denn auch dort die Stimmung der Arbeiterschaft mit Elektrizität geladen; es kann nur eine Frage der Zeit sein, die als Folge solcher Maßnahmen die nationale Revolution dort von der anderen abgelöst wird.

Der Arbeiter mag sich selbst fragen:

Wo wird es der Arbeiter besser haben? Bei Deutschland oder bei Polen?

5. Woran soll der Landwirt denken?

Das deutsche Volk hat im Weltkriege am eigenen Leibe erfahren, was die deutsche Landwirtschaft für seine Existenz bedeutet. Es ist sich in der langen Zeit schmerzlicher Erfahrungen der Verpflichtungen bewußt geworden, die es gegen diese wichtigste Quelle seines Lebens hat.

Deutschland leidet an einem Mangel landwirtschaftlicher Betriebe. Es ist gezwungen, von Reich und Staats wegen die Bebauung seines Landes mit allen Mitteln zu fördern, und es wird in der Folgezeit seine innere und Wirtschaftspolitik auf diese Notwendigkeit einstellen müssen.

In Polen liegen die Dinge gerade umgekehrt. Polen ist ein vorwiegend ackerbautreibendes Land. Es hat einen Ueberfluß an Landwirtschaft. Und da dort, wo das Angebot stärker ist als die Nachfrage, der Wert einer Sache sinkt, so steht in Polen die Landwirtschaft nicht hoch im Kurse. Einer Begünstigung wird sich die polnische Landwirtschaft in der Gesetzgebung schwerlich zu erfreuen haben.

Trotzdem ist die Lebensmittelerzeugung in Polen unverhältnismäßig viel geringer als in Deutschland. Polen gewann aus einem Hektar: an Weizen 11,3 Zentner (Ostdeutschland 19,0 Zentner), Roggen 10,0 (Deutschland 15,6) Gerste 10,7 (16,9), Hafer 10,0 (16,7), Kartoffeln 95,8 (133,0), Rüben 151,0 (312,0) Zentner. Der sich hieraus ergebende Tiefstand der Ackerkultur und das Brachliegen weiter Gebiete erklären den Lebensmittelmangel und die hohen Preise in Polen. Auf den oberschlesischen Lebensmittelmarkt würde dieses Verhältnis bei einem Anschluß an Polen wenig Einfluß haben, da sich die Bevölkerung einem nennenswerten Abströmen der Lebensmittelproduktion aus ihrem eignen Gebiete wohl mit allen Mitteln widersetzen würde. Dagegen würde die Vereinigung mit dem polnischen Reiche dem Landwirt in einer ganz bestimmten Richtung einen schweren Nachteil bringen. Nach dem „Statistischen Jahrbuch“ der beiden polnischen Professoren v. Romer und Weinsfeld (Kraßau 1917) kostete ein Hektar Kleinbesitz in Polen durchschnittlich 405 Mark, in Schlesien dagegen 2185 Mark, also weit mehr als das Fünffache.

Was würde nun die Folge sein, wenn Oberschlesien zu Polen käme? Nichts Geringeres, als ein ungeheurer Sturz im Werte des Bodens. Gewiß würde der Preis des oberschlesischen Ackers niemals ganz auf den des polnischen sinken. Dazu ist der deutsche Boden viel zu lange und viel zu gut kultiviert worden. Immerhin, auf ein Viertel oder höchstens ein Drittel des gegenwärtigen Preises würde der Wert des Bodens fallen. Das heißt, der Landwirt würde zwei Drittel oder gar drei Viertel seines Vermögens verlieren, und das, ohne daß die Hypothekengläubiger ihm den Gefallen täten, zu seinen Gunsten auf ihre Forderung zu verzichten. Wie sollte er aber die Zinsen für die Grundschulden aufbringen? Von einer Abzahlung ganz zu schweigen. Beides wäre einfach unmöglich. Und die Folge davon? Bankrott, Zwangsversteigerung, völliger Vermögenszusammenbruch.

Die oberschlesische Landwirtschaft wäre ruiniert, wenn das Land an Polen käme.

6. Von woher drohen die Gefahren des Militarismus!

Unter den vielen Schlagworten, die zur Zeit des Weltkrieges eine große Rolle gespielt haben, war das Wort vom deutschen Militarismus eines der am heißesten umkämpften. Unsere Feinde gaben vor, daß

der Militarismus Deutschlands es gewesen sei, der die Ruhe der Welt ständig bedroht habe, und daß sie ihre Fahnen nur aus dem Grunde entrollt hätten, um ihm endlich ein für alle Mal den Garaus zu machen. In Deutschland stritt man die Berechtigung dieser ob nun wirklich ernsthaften oder bloß vorgetäuschten, jedenfalls aber mit bestem Erfolge propagierten Auffassung energisch ab und bezeichnete die deutschen Friedensrüstungen als eine notwendige Bereitschafts- und Abwehrmaßnahme gegenüber dem Marinismus Englands und dem immer drohenden werdenden Komplott der übrigen Feinde.

Wir können hier diese Seite der immer noch leidenschaftlich erörterten Schuldfrage auf sich beruhen lassen. Sehen wir uns aber einmal heute, nachdem Deutschland den harten Friedensvertrag der Entente unterschrieben hat, in der Welt um, so bemerken wir, daß in keinem Lande der Welt so wenig noch von einem „Militarismus“ gesprochen werden kann wie bei uns. Nicht nur weil Deutschland sich zur Niederlegung seiner Waffen bereit gefunden hat, nein, viel mehr noch, weil es nur in unverdrossener Friedensarbeit seine einzige Lebensmöglichkeit finden kann, wird es ihm für lange Zeit unmöglich sein, in neue Kriege zu treten. Selbst wenn es anders wollte, so würde es ihm der Zwang der Verhältnisse nicht erlauben, sich neuen kriegserischen Verwicklungen preiszugeben. Friedliche Arbeit, ohne nach rechts und links zu sehen, wird das Los des Deutschen in der Zukunft sein.

Arbeit, schwere Arbeit wird auch das bitterste Muß für jeden Angehörigen des polnischen Staates sein. Aber als wollte dieses Volk nicht sehen, wo ihm Gegenwart und Zukunft ihre Aufgaben stellen, leistet es sich den Luxus eines Krieges an allen seinen Grenzen. Was ist der verlästerte deutsche Militarismus gegen die ungeheure kriegerische Betätigung, die das junge Polenreich von der ersten Stunde seiner Selbständigkeit an auf fast unzähligen Fronten entfaltet hat! es ist selbstverständlich, daß es diese Unternehmungen nicht durchführen kann, ohne seinem Volke den Schnürleib des strengsten Militarismus anzulegen.

Man mache sich nur einmal die Folgen klar, die jedem einzelnen hieraus erwachsen. Da muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß Polen zeitweise schon seine sämtlichen Wehrfähigen bis zum 46. Lebensjahre unter den Fahnen gehabt hat. Alle paar Wochen sind neue Aushebungen ausgeschrieben; und schon am 25. Juli d. Js. die Siebzehnjährigen einberufen worden. Selbstverständlich beschränken sich diese Musterungen nicht auf die Einwohner Kongresspolens — mit gleicher Rücksichtslosigkeit und Strenge werden sie in Posen durchgeführt, ganz gleich, ob es sich um Landeseinwohner polnischer oder deutscher Nationalität handelt.

Die Polen wissen ja auch sehr wohl, warum sie das tun. Gerade die deutschen Elemente der Bevölkerung stellen die besten, die intelligentesten und geschultesten Soldaten. Außerdem setzt man lieber Fremde als Angehörige den Unbequemlichkeiten und Gefahren eines Krieges aus. Und so ist es auch kein Wunder, wenn gerade Po-
se-

ner Truppen im Laufe der jüngsten polnischen Kriegsgeschichte immer zu den schwersten und undankbarsten Aufgaben verwandt werden. Die blutigen Kämpfe um Lemberg und in Ostgalizien, die heißen Gefechte bei Minsk sind zum größten Theile mit den Regimentern der preussischen Polen geführt worden.

Die anfängliche Begeisterung der Posener hat sich denn auch sehr schnell abgekühlt. Sie hatten sicherlich nicht darauf gerechnet, in den Kampfgebieten Galiziens und Rußlands eingesetzt zu werden, von denen sie aus dem Weltkriege wenig angenehme Erinnerungen mitgebracht hatten und die ihnen heute im Grunde höchst gleichgültig sind und sein müssen. Sie hatten wohl nur erwartet, im Nothfalle auf heimathlicher Erde verwandt zu werden, und hatten es auch als selbstverständlich angenommen, daß man sie unter selbständigem Kommando kämpfen lassen werde. Für solche Sonderwünsche aber hat die Warschauer Regierung kein Verständnis. Sie schickte den Posenern kongreßpolnische Offiziere und stellte ihnen in der Person des Generals Dombor Musnicki einen kongreßpolnischen Oberbefehlshaber, der seinerseits wieder unter dem Befehl des Warschauer Generalissimus steht. Unter solchen Umständen ist den enttäuschten Posenern ihre Freude am Soldatentum schnell abhanden gekommen. Im Truppenlager Biedrusko bei Posen ist es zu zahlreichen schweren Meutereien gekommen. Die Truppen weigerten sich, nach den ihnen bestimmten Frontstellen abzugehen. Da hatten sie aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der Posener Oberkommandierende griff in schärfster Weise durch und ließ zahlreiche Todesurtheile aussprechen. Dem Dazwischentreten Korsantys gelang es zwar, die Vollstreckung mehrerer Hinrichtungen aufzuschieben. Da aber der polnische General diese Einmischung mit der Androhung seines Rücktritts beantwortete, so konnte den Meutern schließlich eine schwere Strafe doch nicht erspart werden.

Vorkommnisse wie diese zeigen deutlich, wie schwer der brutale polnische Militarismus selbst auf eine Bevölkerung drückt, die von Anfang an mit hellster Begeisterung für das polnische Nationalideal eingetreten war. Kann der Oberschlesier glauben, daß er hierbei besser abschneiden wird? Hat er es sich denn überhaupt schon klargemacht, daß der Anfall Oberschlesiens an Polen für ihn neuen Kriegsdienst bedeuten würde? Kriegsdienst vielleicht sogar, wenn die Entente es ihrem polnischen Schuldner befiehlt, gegen sein früheres Vaterland — gegen Deutschland! Das alles würde ihn, wenn er nicht ganz abgestumpft ist, in schwerste Gewissensnot stürzen, in jedem Falle aber würde es für ihn neuen militärischen Zwang bedeuten, neue Gefahren und neue Unbequemlichkeiten, neue Trennung von Heim und Familie, neues Herausgerissensein aus seinem Berufe, neue Wirtschaftsforgen für ihn und seine Angehörigen, kurz alles das, was er eben erst in fünf allzu langen Jahren peinvoll durchlöstet hat.

Und das alles wäre noch milde, wenn er es nur an dem Maßstab der Verhältnisse mißt, die er im alten Heere Deutschlands kennengelernt hat. Im Heere Polens aber herrschen Zustände, wie sie eben

nur in einem polnischen Heere möglich sind. Der polnische Vorgesetzte, besonders der kongreßpolnische Offizier, sieht seine ganze Lebensaufgabe darin, ein möglichst angenehmes Dasein zu führen. Der Untergebene ist ihm ein „Gegenstand“, den er mit Ohrfeigen und mit dem Reitstock glaubt in Zucht halten zu können. Die vielen Beispiele der Auflehnung einfacher Soldaten gegen ihre Vorgesetzten sind auf dieses schmachliche Verhalten der Offiziere zurückzuführen, und dieser Zustand findet eine unbezweifelbare Bestätigung in dem Ersuchen Dombor-Musnickis, an die Warschauer Regierung, ihm nach Posen keine „Herrchen“ zu schicken, die ihre altpolnischen Manieren mitbrächten.

Der unter solchen Umständen drohenden Zerfetzung des Heeres sucht man neuerdings mit einer unerbittlich scharfen Disziplin beizukommen. Mit größter Strenge wird besonders der Grußzwang durchgeführt. Anstrengender Dienst hält die Leute von jeder anderen Betätigung fern, und Strafen von unerhörter Schwere bedrohen jeden Verstoß gegen die Ordnung. Ob die Polen damit zum Ziele kommen, ist eine Frage, deren Lösung wir ihnen überlassen können. Aber nicht ganz gleichgültig wird dem Oberschlesier die Aussicht sein, durch den Uebergang seines Landes unter polnische Herrschaft ein Opfer dieser Zustände zu werden.

Und wie den Einzelnen, so würden die Folgen des hemmungslosen polnischen Militarismus, der ein getreues Spiegelbild des polnischen Imperialismus darstellt, die Allgemeinheit bedrücken. Sie werden sich sehr bald durch die Erhöhung der Steuern bemerkbar machen, die notwendig sein wird, um das neue Militärprogramm der Polen durchzuführen, das eine vollständige Neubewaffnung mit moderner Artillerie, große Militärbauten, die Errichtung militärischer Schulen und sonst noch vieles andere vorsieht. Das kriegerische Leben würde auch im eigenen Lande nicht ohne Wirkung bleiben. Es sei nur daran erinnert, daß sich erst vor ganz kurzem die Einwohner der Stadt Posen bitter darüber beschwert haben, daß der starke Militärbetrieb in der Stadt zur Errichtung zahlloser Freudenhäuser geführt hat, die ständig Anlaß zu öffentlichem Aergernis geben.

Kein Zweifel: alles das wird dem Oberschlesier erspart sein, wenn er sich entschließt, mit seinem Heimatlande beim deutschen Reiche zu bleiben. Wer alle diese Dinge recht betrachtet, der muß zu dem Schlusse kommen:

Nur der Bewohner Oberschlesiens, der sich zu neuem Kriegsdienst drängt und den es verlangt, die Wirkungen eines schrankenlosen Militarismus auf Land und Menschen auszulösen, nur der kann sein Heil im Anschluß an Polen suchen.

7. Was steht dem Deutschen unter polnischer Herrschaft bevor?

Fast erscheint es überflüssig, auf diese Frage eine Antwort noch zu geben. Der deutsche Oberschlesier kann sich aus unzähligen eigenen Erfahrungen der allerjüngsten Zeit ein Bild davon machen, in welcher Weise sich der von den polnischen Agitationszentren her geschürte nationale Haß der verführten polnischen Minderheit gegen ihn entladen wird, sobald er unter einer polnischen Regierung freien Lauf haben wird.

Freilich hat die Warschauer Regierung den Vertretern der posenschen und westpreussischen Deutschen die feierliche Versicherung abgegeben, daß sie alles tun werde, die Rechte und die Sicherheit auch ihrer deutschen Untertanen zu gewährleisten. Das war sehr schön und sehr edel gesprochen. Aber es fragt sich doch, ob die Regierung denn wirklich die Macht haben wird, die unter ihrer Duldung aufgepeitschten Leidenschaften im Zaume zu halten. Ja, man möchte in Zweifel stellen, daß es der Regierung in der polnischen Hauptstadt mit ihren Versprechungen überhaupt ernst gewesen ist, wenn man von der schamlosen Drangsalierung des Posener Deutschtums durch die polnischen Machthaber hört. Von der Vernichtung der Meinungsfreiheit für die Deutschen durch das Verbot zahlloser deutscher Zeitungen und die tyrannische Presszensur war schon an anderer Stelle die Rede. Aber das ist ja nur ein kleiner, beinahe belangloser Zug in dem Bilde des Martyriums, das die Posener Deutschen seit der polnischen Revolution erlitten haben. Muß man hier die lange Liste der Quälereien herunterzählen, mit denen die Polen ihre deutschen Landsleute verfolgt haben? Soll man erinnern an die horrenden Kontributionssummen, die unter nichtigen Vorwänden oder auch ganz ohne Vorwand von den Deutschen der „eroberten“ Städte und Dörfer erpreßt wurden, an die grundlosen Hausdurchsuchungen mitten in der Nacht, an die „Beschlagnahmen“ wertvollen Eigentums, an die himmelschreienden Greuelthaten, von denen unzählige deutsche Veröffentlichungen berichten, an die ungeheure Zahl der Verhaftungen, der Austreibungen und Beamtenabsetzungen, an die Schmach der Konzentrationslager vom Saganpiorno und Stralkowo, an die fortwährenden großen und kleinen Bebrückungen harmloser und gänzlich unpolitischer Menschen, ja selbst der Frauen, Kinder und Greise?

Ganz systematisch wird der Deutsche, vor allem der deutsche Besitz, entzogen. In der Provinz Posen darf kein Deutscher Kriegsanleihe laufen, kein Deutscher ein Haus oder ein Landgrundstück erwerben. In Gnesen wurden den Hausbesitzern, auch den deutschen, verboten, neue deutsche Mieter aufzunehmen. Man wollte und will eben ganz planmäßig den Deutschen und ganz besonders den, der auf Grund seines Besitzes über Unabhängigkeit, Ansehen und Geltung verfügt, schädigen und ihm letzten Endes den Aufenthalt auf „polnischem“ Boden verleiden. Und so ging denn auch der Landrat von Schubin ganz

folgerichtig vor, wenn er seine Bekanntmachungen, die, wie die meisten in Posen, nur in polnischer Sprache erscheinen, in demselben Sinne ausnutzte: er verlangte ganz einfach, daß jeder Beamte seines Bezirks seine Verordnungen entweder selbst lesen oder unverzüglich übersetzen lassen könnte, sonst erwartete er den schleunigen Rücktritt des Untergebenen.

Alle diese Beispiele sagen ja gar nichts Neues. Wir wissen es seit langem, daß es kein Volk gibt, das in nationalen Dingen unduldsamer ist als der Pole. Der Pole, der nie aufhörte, gegen die angebliche Vergewaltigung seiner preussischen Stammesbrüder vor aller Welt lauten Protest zu führen, hat da, wo er die Macht in den Händen hatte, gegenüber allen anderen Nationalitäten, auch in der neuesten Zeit, ein Regiment brutalster Unterdrückung angewandt.

Sind die Zustände in Galizien schon vergessen, wo der polnische Volksteil die Macht hatte und wo die dreieinhalb Millionen Ruthenen zu einem Lose furchtbarster nationaler Knechtschaft verurteilt waren? Ihre Hilferufe haben oft die mitfühlende Welt erschüttert. Den Polen aber haben sie nicht gerührt, und bis in die neueste Gegenwart hinein hat er seine tyrannische Bedrückungs- und Knebelungspolitik in Galizien nicht geändert.

In Oberschlesien würde es schwerlich anders sein. Hätte Warschau in die inneren Dinge des Landes nicht hineinzureden, dann würde es dem kulturell überlegenen Deutschtum vielleicht eher gelingen, sich gegen die polnischen Umtriebe in seiner Stellung zu behaupten. Aber hieran ist bei einer Verschmelzung Oberschlesiens mit Polen gar nicht zu denken. Den Warschauer Kriegsminister würde es, wenn die Entente ihm winkt, nur einen Federstrich kosten, in einen Krieg gegen Deutschland auch die Deutschen Oberschlesiens zu schicken. Und so wäre es gewiß:

Das oberschlesische Deutschtum ginge unter polnischer Herrschaft einer Leidenszeit entgegen, deren Schrecken sich der an deutsche Ordnung und deutsche Gerechtigkeit gewöhnte Oberschlesier nur schwer ausmalen kann.

8. Welcher Staat wird die höheren Steuern fordern?

Die Höhe der Steuern, das weiß jeder, richtet sich in der Hauptsache nach der Höhe der Zahlungsverpflichtungen, die der Staat hat, und nach dem Grade seiner finanziellen Sicherheit, die wiederum gleichbedeutend ist mit der Größe des Kredits, den er in der Welt genießt.

Um bei dem Letzteren anzufangen, der untrüglichste Gradmesser für den Kredit eines Staates ist seine Valuta. Auch der einfache Mann ist darüber unterrichtet, wie schlecht Deutschlands Valuta im Augenblicke steht. Für einen einzigen Schweizer Franc z. B., der vor dem Kriege ganze 80 Pfg. gekostet hat, muß der Deutsche heute mehr als 11 Mark zahlen. Das ist schlimm für uns, und zwar nicht bloß

für den Bankier und den großen Industrie- und Handels Herrn, sondern für jeden Einzelnen von uns. Denn wir kaufen vom Auslande in der Hauptsache ja nicht bares Geld, sondern müssen Waren von ihm beziehen, und da ist es selbstverständlich, daß uns hierbei für Gegenstände z. B. im Werte von 100 Fr. nicht wie früher nur 80 Mark, sondern 1100 Mark abgefordert werden. Nun, so schlimm das aussieht, wir brauchen darum nicht zu verzweifeln. In der letzten Zeit ist viel davon gesprochen worden, daß wir in demselben Augenblicke wieder hochkommen werden, wo das Volk wieder arbeitete wie früher. Und das ist wahr. Wenn wir arbeiten, dann stellen wir Waren her, die zur Ausfuhr geeignet sind und die das Ausland ebenso dringend braucht, wie wir gewisse ausländische Erzeugnisse. Mit unseren Waren aber liefern wir Zahlungsmittel ins Ausland, die uns natürlich ebenfalls zu dem einmal in Kraft getretenen Marktkurse abgenommen werden, und in diesem Falle tritt unsere schlechte Valuta im geraden Gegensatz zu dem anderen Falle, in dem wir die Käufer sind, als ein Vorteil für uns in die Erscheinung. Denn wenn wir für 100 Francs Waren an die Schweiz liefern, und sie im Gelde des Landes bezahlt bekommen, dann haben wir mit den 100 Franc ja nach dem deutschen Gelde wieder 1100 Mark erhalten. So gleicht sich der Kursverlust, den wir bei der Einfuhr erlitten haben, bei der Ausfuhr zu unserem Nutzen aus.

Nun sehen wir uns einmal die Verhältnisse in Polen an. Wie steht die polnische Valuta? Polen, das von der Zeit der deutschen Besetzung her noch die deutsche Markwährung hat, dessen Mark also eigentlich dieselbe Kaufkraft haben müßte, wie die deutsche, wird vom Ausland als ein so unsicherer Kantonist eingeschätzt, daß es den Schweizer Franken nicht, wie Deutschland, mit ungefähr 11 Mark, sondern mit etwa 29,70 Mark bezahlen muß! Die deutsche (Papier-) Mark wird in Polen mit rund 2,65 Mark polnischer Mark, die polnische Mark in Deutschland mit etwa 37 Pfg. bezahlt. Das heißt: Die polnische Valuta ist ungefähr drei Mal so schlecht wie die deutsche, und gegenwärtig befindet sie sich noch immer im Abgleiten auf der schiefen Ebene. Wenn die Zustände in Deutschland zur Zeit auch nicht eben gut sind, so sind sie in Polen doch noch dreimal schlechter, und wer im Regen sitzt, wird sich nicht ohne Not unter die Traufe stellen. Noch viel schlimmer aber sind in Polen die Aussichten für eine Besserung dieses trostlosen Zustandes. In den Abschnitten über die industrielle und wirtschaftliche Lage Polens haben wir nachgewiesen, daß die Zukunft der polnischen Industrie geradezu verzweifelt schwierig ist. Polen kommt als Exportland für die wichtigsten seiner Industriezweige nur in geringem Maße in Frage. Wie also, fragen wir, will es jemals in die Lage kommen, seinen Kredit zu heben und ausländische Waren hereinzuziehen, die es für seinen Staatsbedarf und für das Leben seiner Einwohner so notwendig braucht? Es wird sie mit unerschwinglichen Preisen bezahlen müssen, und es wird daher ge-

zwungen sein, seine Steuerschraube wieder um ein paar Windungen weiter anzuziehen.

Polens Finanzlage wäre, das sehen wir daraus, selbst dann traurig genug, wenn es seine neue Wirtschaft an einem reinen Tisch anfinge. Aber das gerade Gegenteil ist der Fall. Mit einer ungeheuren Last an Schulden tritt das junge Reich sein Leben an. Gewiß, auch Deutschland hat von seinen Feinden schwer drückende Zahlungsverpflichtungen aufgeladen bekommen. Darum ist nicht herumzureden. Aber den Polen, die mit dieser leidigen Tatsache in den von ihnen umworbenen preussischen Gebietsteilen Stimmung gegen Deutschland zu machen suchen, sei doch einmal nur in ganz großen Zügen nachgerechnet, was sie schon heute der Welt schulden, noch ehe ihr Staat recht begonnen hat zu existieren.

Da sind zuerst — es wird hier in der Hauptsache nach polnischen Zeitungen zitiert (Nowiny Nr. 177 vom 1. 8. 19, Illustr. Kurier Codzienny vom 13. 5. 19, Kurier Polski, Dziennik Słaski Nr. 164 vom 22. 7. 19 usw.) — die 25 Milliarden Francs, die vor dem Kriege Frankreich an Rußland geliehen hatte und die jetzt Polen aus Erkenntlichkeit hat übernehmen müssen. Da sind ferner 11 Milliarden Francs „Besetzungsauslage“ als Anteil an den Kriegskosten der Entente. Ferner entfallen auf Polen für den Besitz Galiziens 35 Milliarden Kronen von der Kriegsschuld Oesterreich-Ungarns, da nach den Bestimmungen der Entente alle Staaten der ehemaligen Monarchie einen entsprechenden Anteil an deren Kriegsschuld und der von ihr zu zahlenden Kriegsschädigung zu übernehmen haben. Und hierzu gesellt sich endlich infolge der Abtretung des deutschen Ostens ein Anteil an der vor dem Kriege bestehenden Staatsschuld Preußens.

Schon das macht zusammen weit über 80 Milliarden in Gold, nach polnischem Valutastande also etwa 540 Milliarden Mark aus. Und so unheimlich diese Summe ist, es ist noch lange nicht alles. Der Krieg, den Polen nach allen Fronten führt, die geplante Vergrößerung und Neubewaffnung des Heeres, der Aufbau des Staates (Schaffung eines zeitgemäßen Schulwesens, eines Verkehrsnetzes, einer öffentlichen Gesundheitspflege, neuer Industrieanlagen und sonstiger staatlicher Einrichtungen), die Entschädigung Deutschlands für seine Aufwendungen in den an Polen fallenden Gebieten (Bahnen, Straßen, Kanäle, Bauten, Post- und Telegrapheneinrichtungen, Schulen, Hütten, Gruben usw.), der Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Teile des Landes (Unterstaatssekretär Jakimowicz beziffert die dazu notwendige Summe allein auf 10 Milliarden Goldmark), die hohen Verwaltungskosten bei der unzumutbaren, dilettantischen Staatswirtschaft — alles das wird phantastische Mittel verschlingen. Deutschland weiß von allen solchen Ausgaben nichts. Es führt keinen Krieg, es vergrößert nicht, sondern verkleinert sein Heer, es hat seine völlig ausgebauten Staatseinrichtungen, sein großartiges Verkehrsnetz, seine

vortrefflichen Schulen, seine vorbildlichen sanitären Einrichtungen, seine hochentwickelte Industrie, seine guteingespielte und allmählich auch wieder zur altpreussischen Sparsamkeit zurückkehrende Verwaltung und ist endlich von den Verwüstungen des Krieges nur in Teilen Ostpreußens betroffen worden.

Wer wird im neuen Polen diese Lasten zu spüren bekommen? Die Bewohner Altpolens und Galiziens wohl kaum. Sie sind zu arm dazu. Nein, Posen, Westpreußen und Oberschlesien, die Länder, in denen die großen Werte stecken, die werden herhalten müssen. Das weiß Polen, und das weiß auch die Entente, die den Polen so gern auch das reiche Oberschlesien zuschanzen möchte, weil sie fürchtet, bei ihrem polnischen Schuldner sonst nicht zu ihrem Gelde zu kommen. Hierzu ein kleines Stimmungsbild aus der Finanzdebatte im Warschauer Landtag, über die der „Dziennik Słaski“, die bekannte großpolnisch gerichtete Zeitung in Königshütte, Folgendes berichtet:

„Finanzminister Karpinski weist auf die großen finanziellen Schwierigkeiten hin, denen ein Land ausgesetzt sei, dessen Landesgrenzen noch nicht festgesetzt sind und das durch den Krieg sehr gelitten hat. Kein Gebietsteil könne die Auslagen durch die Einnahmen decken. Die Kriegskosten seien sehr hoch. Das Defizit für das halbe Jahr betrage 2 Milliarden Mark.

Von allen Seiten des Hauses wurde der Regierung das Mißtrauen der Parteien ausgesprochen. Wirtschaftsorganisation und Verwaltung der Staatsfinanzen seien fehlerhaft. Die Staatsregierung habe sich ihrer Aufgabe in keiner Weise gewachsen gezeigt. Dilettantismus und Demagogie seien die Hauptkennzeichen. Überall herrsche unrichtige Verwendung der Gelder. Der Staatskredit habe auf das schwerste gelitten. Steuern würden ordnungsmäßig nur in den preussischen Gebietsteilen und in Galizien erhoben. Kongreßpolen genieße das beneidenswerte Privileg der Steuerfreiheit.“

Wie die Polen sich die Tilgung ihrer Schulden denken, dafür noch ein anderes Zeugnis. Ueber die Versammlung des „Nationalen Volksverbandes“ (zweiter Sitzungstag) berichtet die „Gazeta Poranna“ am 12. Mai 1919:

„Abgeordneter Korsanty sprach über die Finanzpolitik und den Hauptbestandteil des polnischen Volksvermögens. Unser Reich sei finanziell stark belastet und müsse wichtige Einnahmequellen besitzen. Die Kohle, das Zink, das Erz Oberschlesiens, deren Wert 250 Milliarden übersteigt. Das Petroleum und die Salze Ostgaliziens — das seien diese unsere Schätze.“

Da haben wir einen Kronzeugen für die Tatsache: den Polen steht schon jetzt das Wasser bis ans Kinn. Und da glauben sie, sich durch die Dreingabe der oberschlesischen Bodenschätze vor dem Ertrinken zu retten! „Die Kohle, das Zink, das Erz Oberschlesiens“, das brauchen und das wollen sie, das sind ihre „nationalen Ziele“, die sie hört verfolgen — alles andere steht erst in zweiter Reihe.

Und wenn es dann so kommt, wie es kommen muß, wenn aus Oberschlesien die lahmingelegte Industrie abwandert oder die Geldleute ihr Kapital aus ihr herausziehen, weil sie es anderswo besser anlegen können, wenn die Großsteuerzahler aus dem Lande verschwinden werden, und wenn infolge der großen Arbeitslosigkeit die Zahl der steuerfreien Einkommen anschwellen wird, was wird dann die Folge sein? Die Regierung wird sich damit zu retten suchen, daß sie auch Jahresverdienste von weniger als 900 Mark besteuern wird. Aber das wird ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Eine ganz gewaltige Steuersteigerung wird sich nicht umgehen lassen. Die Last der Staatsabgaben aber wird sich mit doppeltem Gewicht auf die Schultern derer legen, die man zur Steuer überhaupt wird veranlagten können: auf die Schultern des Arbeiters und des Mittelstandes!

Haben die Polen darnach wirklich ein Recht, ihre eigenen künftigen Steuerverhältnisse gegen die kommende Belastung des deutschen Steuerzahlers auszuspielen? Gewiß nicht! Der polnische Steuerbeamte würde dem Oberschlesier bald den letzten Rock ausziehen.

9. Welcher Staat wird dem Oberschlesier für seine Steuern mehr bieten können?

Wir haben gezeigt, daß der polnische Staatsbürger unzweifelhaft in viel schärferer Weise zur Steuer herangezogen werden wird als der deutsche. Und wir haben auch schon davon gesprochen, wozu die Polen ihre Steuern brauchen werden. Die Polen werden ebenso wie wir an den Folgen des Krieges schwer zu tragen haben — im Verhältnis nur noch viel schwerer als wir. Sie werden ihr Geld für Kriegführung und Kriegsrüstungen, für die Entschädigung Deutschlands, für ihre kostspielige Verwaltung verbrauchen, für Dinge also, an denen der Staatsbürger schwerlich eine reine Freude haben wird, von denen aber der deutsche Bürger verschont bleibt.

Aber es ist auch gesagt worden, daß sie nützliche Sachen anschaffen wollen. Sie werden Schulen und sanitäre Anstalten errichten, werden Straßen und Eisenbahnen bauen, neue Industriewerke anlegen, ihr zerstörtes Gebiet wieder aufrichten und Ähnliches mehr. Wir wünschen ihnen aufrichtig, daß ihnen die Ausführung dieser Pläne glücken möge. Denn an der kulturellen Hebung seines östlichen Nachbarn hat auch Deutschland ein lebhaftes Interesse. Für den Oberschlesier fragt es sich nur, was gerade er davon haben wird. Kein Zweifel — wenn er Pole geworden ist, wird er für diese schönen Dinge zahlen müssen. Das wird aber auch alles sein. Denn sehen wird er von ihnen nichts. Er hat ja das alles längst, was die Bewohner Ostpolens sich erst mühselig schaffen wollen und müssen. Der Oberschlesier hat seine östlichen „Stammesbrüder“ früher immer ein bißchen mitleidig und sehr von

oben herab angesehen, und noch im Kriege, im polnischen Kampfgebiet, hat er sich von ihrem erbarmungswürdigen Kulturstande, von ihrer geistigen Zurückgebliebenheit überzeugen können. Ist seine Neigung zu ihnen jetzt auf einmal wirklich so groß geworden, daß er willig ungeheure Steuersummen zahlt, damit sie sich Bahnen und Schulen und Krankenhäuser bauen, ohne daß für ihn selbst dabei etwas abfällt? Denn das ist doch auch wohl klar: die Unterhaltung der großartigen Industrie-, Bildungs-, Wohlfahrts-, Verkehrsanstalten, die er der deutschen Verwaltung verdankt, kostet ganz erhebliches Geld, und ob das unter polnischer Verwaltung für ihn da sein wird, wenn die Neugründungen im Osten soviel verschlingen werden?! Vermutlich nicht. Die polnische Regierung wird auch gar kein Interesse daran haben, daß es einem ihrer Gebietsteile, und ausgerechnet diesem so stark mit Deutschen durchsetzten, besser geht als den anderen. Sie wird für eine mittlere Linie sorgen, das heißt, sie wird die Zustände in Alt-Polen zu heben versuchen und wird nichts dagegen tun, wenn sie in Oberschlesien und Posen infolge mangelnder Förderung zu dieser mittleren Linie hinuntersinken — ja, sie wird vielleicht manches tun, um den Kulturzustand in den reicheren Gebieten herabzudrücken, damit sie Kräfte und Mittel für die Besserung der Verhältnisse in den anderen Gebieten frei bekommt.

Der Oberschlesier wird über diese „Wirkung“ seiner Steuerzahlung vielleicht überrascht sein und wird sie nicht recht für möglich halten. Aber doch wohl nur dann, wenn er bisher nichts von „Ueberschuß- und Zuschußprovinzen“ gehört hat. Jedes Land, auch Deutschland, hat Ueberschußprovinzen, das sind Gebiete, die so dicht bevölkert und so wohlhabend sind, daß sie mehr Steuern aufbringen, als für den Provinzhaushalt nötig sind. Und ebenso hat jedes Land Zuschußgebiete, die zu dünn bevölkert und nicht reich genug sind, um die Mittelaufzubringen, die der Staat tatsächlich für sie aufwendet. Denn selbstverständlich ist doch, daß jedem Bewohner desselben Landes vom Staate für seine Steuern dieselben Annehmlichkeiten gewährt werden. Er selbst kann nichts dafür, daß in seiner Gegend nicht mehr Menschen wohnen und nicht mehr Wohlhabende, als nun einmal da sind. Und der andere hat doch auch nicht gerade ein Verdienst daran, daß bei ihm mehr Menschen auf den Quadratkilometer kommen und daß in seiner Gde mehr verdient wird als anderswo. So schafft man denn also einen Ausgleich in der geschilderten Weise.

Der deutsche Osten, auch Oberschlesien, waren in Deutschland Zuschußgebiete. Der reichere Westen trug zur Deckung des Bedarfs von West- und Ostpreußen, von Posen und Oberschlesien bei. Oberschlesien aber würde aus einem Zuschuß- ein Ueberschußgebiet werden, wenn es an Polen käme. Nicht als ob es plötzlich reicher werden würde, als es jetzt ist; ganz im Gegenteil. Aber es ist wohlhabender als Kongregpolen und Galizien und müßte nach staatswirtschaftlichem Gesetz für diese mit-

aufkommen. Wie es da drüben aussieht, wissen wir ja seit dem Kriege alle. Dünn bevölkert und schlecht bebaut das Land, kümmerlich und schmutzig die Häuser und die Straßen, dumpf, unterwürfig, ungebildet, von Seuchen heimgesucht die Menschen — kurzum das Urbild eines armeligen, verkommenen, eines Zuschußlandes. An Selbsterhaltung ist gar nicht zu denken. Die ehemals preussischen Gebiete müßten Ostpolen lebensfähig erhalten. Die Folge für sie wäre: während früher in ihr Gebiet aus anderen deutschen Provinzen die Steuerbeträge hereingeströmt waren, würden sie jetzt von ihnen fort in den armen polnischen Osten hinüberfließen.

Blickt man auf die großen Aufgaben, die einer fürsorglichen Regierung gerade in Ostpolen harren, dann wird man sagen müssen: Das polnische Volk, das in der Schuldknechtschaft der Entente für seine Milliardenzinsen frohnen muß, wird alles, was ihm von seinem Verdienst jemals übrig bleiben sollte, nur auf die Beschaffung des Notwendigsten in den zurückgebliebenen Ostgebieten verwenden müssen. Für höhere Kulturbedürfnisse, wie der Oberschlesier sie von Deutschland her gewöhnt ist, wird überhaupt nichts übrig bleiben.

Deutschland, dessen weiser und weitsehender Fürsorge auf allen Kulturgebieten Oberschlesien seine wirtschaftliche Blüte, seine gesunde Volkskraft verdankt, wird auch in Zukunft seinen Bürgern die Vorteile bieten, die aus einem hohen Kulturzustande von selbst folgen. Polen hat dem nichts Ähnliches gegenüberzustellen. Ein polnisches Oberschlesien würde kulturell herunterfallen.

10. Wie werden die religiösen Bekenntnisse in Polen gestellt sein?

Die Abstimmung hat auch eine konfessionelle Seite. Für die vielen treuen Anhänger ihres religiösen Bekenntnisses entsteht die bange Frage: Wie wird der Staat, zu dem wir künftig gehören werden, sich zu der Ausübung unserer religiösen Pflichten verhalten, welche Rolle wird uns als Anhänger unseres Bekenntnisses in seinen Grenzen beschieden sein?

Die Lösung dieser Fragen durch das deutsche Staatswesen braucht hier nicht näher geschildert zu werden. Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübung gehören von je zu den Grundlagen der deutschen Staatsauffassung. In der neuen republikanischen Verfassung des deutschen Reiches sind diese Grundlagen noch ganz besonders sichergestellt worden. Im deutschen Reiche kann niemand an der Ausübung seiner religiösen Pflichten gehindert oder gar wegen seines Religionsbekenntnisses verfolgt werden.

Wie würden diese Dinge sich nun unter polnischer Herrschaft gestalten?

a. Die Protestanten.

Was die Protestanten unter polnischer Herrschaft zu erwarten haben, lehrt uns wieder die Geschichte. Wir beschränken uns darauf, die Beispiele aus dem letzten Jahrhundert der polnischen Staatsgeschichte in einer kleinen Auslese zu bieten, wie wir sie in einer kleinen Schrift des Posener Geistlichen D. Wotsche, des besten Kenners der polnischen Kirchengeschichte, finden. Eine Märtyrergeschichte von einer für unser deutsches Fühlen unfassbaren Furchtbarkeit rollt sich vor unseren Augen auf. Es ist eine Geschichte des polnischen Hasses, der polnischen Unbuddsamkeit, der polnischen Grausamkeit gegen die andersdenkenden Menschen, deren Rechtlosigkeit und entseßliche Leiden immer wieder die Kabinette in Berlin, London, Amsterdam und Petersburg beschäftigt haben. Zu mehreren Malen ist der polnische Staat durch die harnäckige Grausamkeit, mit der er die Protestantenverfolgungen betrieb, an den Rand kriegerischer Verwicklungen geführt worden. Schließlich hat er die Mächte zu wirklichem Eingreifen und letzten Endes zur Teilung des Landes veranlaßt.

Die evangelischen Gemeinden im ehemaligen Polen waren gezwungen, sich entweder mit häuslicher Andacht zu begnügen und ihr Glaubensleben im Geheimen zu pflegen oder ihr Gotteshaus sich unter schwersten materiellen und leiblichen Opfern zu erbauen, ohne doch sicher zu sein, daß es ihnen nicht eines Tages geraubt wurde. Einige geschichtliche Beispiele:

Die Stadt Schmiegel wollte 1708 ihre Kirche erweitern, mußte die bereits begonnenen Arbeiten aber wieder einstellen. 1715 wurde sie von der Regierung bedrängt, weil sie eine neue Orgel angeschafft hatte, man forderte Verzicht auf die Orgel oder auf den zweiten Geistlichen.

Bissa begann 1711 mit dem Wiederaufbau seiner eingeweihten Kreuzkirche. Sofort lief ein scharfes Verbot ein. Nur die Verwendung des preussischen, englischen, dänischen und holländischen Gesandten in Warschau und die Bestechung einflußreicher Personen ermöglichten die Fortsetzung des Baues.

In Schwerin i. P. hatten 1712 Polen die evangelische Kirche niedergebrannt. Die Regierung hinderte die Gemeinde, sie wieder aufzubauen. Erst nach großen Opfern erhielt sie die Erlaubnis.

In Orzeszkowo brannte 1721 die Kirche infolge eines Blitzschlags ab. Der Gemeinde wurde trotz ihrer Bitten und trotz großer Opfer die Erlaubnis zum Wiederaufbau versagt.

Die Gemeinde in Gramsdorf erlitt dasselbe Schicksal.

In der Stadt Posen drang 1710 der Bürgermeister mit seinen Bütteln in das Badehaus, in dem die Evangelischen in Ermangelung eines anderen Baues sich eine notdürftige Andachtsstätte geschaffen hatten. Altar und Bänke ließ er zerschlagen, die heiligen Geräte vernichten, die kleine Orgel, die Leuchter, die Gloden und was sonst von Wert war, der katholischen Pfarrkirche überweisen. Bis in die Nachbarschaft Schwerfenz mußten die Protestanten Posens pilgern, wenn sie Gottes Wort hören wollten. 1715 sollte der Gottesdienst auch hier aufgehoben werden. Nur große Bestechungen mit Geld und Wein stimmten den Gewalthaber um.

1718 wurde die Kirche in Bagomitz erbrochen und, nachdem der Pastor vertrieben war, für den katholischen Gottesdienst geweiht. In demselben Jahr plünderte und zerstörte man die Meseritzer Begräbniskirche. Die Gemeinde baute ein neues Kirchlein auf, aber auch dieses wurde 1725 geplündert und eingerissen. Särge und Leichen wurden in den Gräben durcheinander geworfen.

Dasselbe Schicksal ereilte die vier Filialkirchen der großen Pfarrgemeinde Pemperlin im Jahre 1718, die Kirche von Kempen in demselben Jahr, die Kirchen in Weigmannsdorf, Althütte, Radom und Jutroschin im Jahre 1719.

Die Evangelischen in Tarnowle wurden gezwungen, ihr Gotteshaus mit eigener Hand niederzureißen.

In Kopniz nahm man den Protestanten ihre Andachtsstätte im Jahre 1739, in Kabel bei Fraustadt am 1. Advent 1749, in Raminchen im Jahre 1757.

Als 1717 die evangelische Christenheit zur zweiten Jahrhundertsfeyer der Reformation rüstete, wurden an zahlreichen Orten Polens die Kirchen und Bethäuser vernagelt und jeder Gottesdienst verhindert.

Voll Gefahr und Drangsal war das Leben der evangelischen Pastoren und ihrer Gemeinden. Zahlreich sind die Fälle, in denen evangelische Geistliche an der Ausübung ihres Berufes gehindert, mißhandelt und ermordet wurden. Um evangelische Gemeindemitglieder zu verfolgen, genügte die haltlose Verleumdung eines mißgünstigen Polen.

So wurde 1715 gegen den Hauptmann von Obornik Siegismond v. Unruh, einen Evangelischen, die Beschuldigung erhoben, daß er die katholische Kirche herabgesetzt habe. v. Unruh wurde für vogelfrei erklärt, seine Güter wurden eingezogen und die Hälfte davon dem Verleumder zugesprochen, dem Verklagten sollte die rechte Hand abgehauen und verbrannt, die Zunge herausgeschnitten und endlich der Kopf abgeschlagen werden. Die ganze Welt war von Abscheu über das Urtheil erfüllt. Preußen, England, Schweden setzten sich für den geklohenen Unglücklichen ein, aber eine Wiederaufnahme seines Prozesses konnten sie nicht erwirken.

Das gleiche Schicksal traf den Besizer von Jutroschin, den Evangelischen Eberts. Trozdem sich vor Gericht herausstellte, daß die Verleumdungen zum Theil gar nicht auf Wahrheit beruhen konnten, wurde Eberts zum Tode verurtheilt und die Hälfte seines Vermögens dem Ankläger zugesprochen.

In Kempen wurde der Bürgermeister Rennsler wegen angeblicher Lästerung der Jungfrau Maria zum Tode verurtheilt und lange Wochen in Todesfurcht gehalten, bis der Ankläger, von Gewissensqualen gepeinigt, seine Aussage zurückzog.

In Schönlanke wurde 1725 der Bauer Hiob Lenz aus keinem anderen Grunde, als weil er evangelisch war, auf der Folter schrecklich zugerichtet. Da er standhaft blieb und ein katholischer Geistlicher, dem die Qualen des Mannes nahegingen, den Richtern ins Gewissen redete, wurde er in furchtbar zugerichtetem Zustande freigelassen.

In Thorn hatten polnische Aufwiegler einen Volkshaufen gereizt, die Jesuitenschule zu stürmen. Zehn unbetheiligte evangelische Bürger mußten diesen Vorfall mit dem Tode auf dem Schafott bezahlen.

Die Liste der schaurigen Beispiele ließe sich beliebig verlängern. Die hier mitgeteilten Proben mögen genügen.

Es konnte nicht ausbleiben, daß das Ausland, und zwar auch Rußland, das die Anhänger der orthodoxen Kirche in ähnlicher Weise verfolgt sah, auf diese Greuel aufmerksam wurden und gegen sie einzuschreiten versuchten. Ein besonderer Kongreß in Braunschweig sollte es 1722 tun. Schon waren die Gesandten hierzu ernannt, da scheiterte die ganze Unternehmung an dem Gegensatz zwischen England und Rußland.

Indessen wurden die Zustände in Polen immer unerträglich, das Verhalten der Regierung immer herausfordernder. Preußen, England, Holland, Rußland und Schweden beschloßen, den himmelschreienden Zuständen nun ein Ende zu machen. Rußland wurde ermächtigt, Truppen nach Polen zu senden, hier eine evangelische Konföderation zu bilden und mit dieser die Gleichberechtigung der Evangelischen durch ein Staatsgesetz zu sichern. Die Polen ließen sich auch hierdurch nicht befehren. Im Jahre 1768 kam es zum Bürgerkriege, mit Raub, Brand und Mord versuchte man die Evangelischen auszurotten. Rußland aber und schließlich auch Preußen gelang es, die Ruhe wieder herzustellen. Ihr Einschreiten hatte gleichzeitig die Verständigung über die Teilung Polens im Jahre 1772 zur Folge.

Es ist mit besonderem Nachdruck zu betonen, daß die grausame Unduldsamkeit der Polen gegen ihre andersgläubigen Mitbürger es war, die das Einschreiten der Mächte und die Teilung des Landes zur Folge hatte. Die polnische Geschichtsschreibung sucht diesen unzweifelhaften Tatbestand durch Schweigen zu übergehen. Gerade hier aber ist es notwendig, auf diese geschichtliche Wahrheit hinzuweisen, weil sie ein grelles Licht auf die Zustände wirft, unter denen die evangelische Bevölkerung im polnischen Reiche geschmachtet hat.

Man tröste sich heute nicht mit dem Einwande, daß im neuen Polen die Glaubensfreiheit ein Grundgesetz der Verfassung sein werde. Sie war auch im alten Polen gesetzlich gewährleistet, und doch hat dieses Gesetz die geschilderten Unmenschlichkeiten nicht verhüten können.

Daß die Polen sich hierin bis auf den heutigen Tag nicht gewandelt haben, das zeigen Ereignisse der allerjüngsten Zeit. Bei den Straßenkämpfen am 27. und 28. Dezember 1918 in Posen, die von den Polen selbst entfacht waren, haben die Polen bewußt die Verleumdung ausgesprengt, daß aus evangelischen Kirchen und Pfarrhäusern geschossen worden sei. Und so sehen wir auch an diesem Beispiel, daß die brutale Unduldsamkeit und der offene Haß der Polen gegen den Protestantismus keineswegs nur der Geschichte angehören, sondern daß sie eine Gefahr auch für Gegenwart und Zukunft sind.

b) Die Katholiken.

Unterdrückung und Verfolgung, wie die evangelische Kirche und das Judentum, hat der Katholizismus in dem „katholischen“ Polen nicht zu erwarten. Aber nach dem Urteil der Verufensten, der katholischen Geistlichkeit Oberschlesiens, ist dringend zu fürchten, daß die Kirche Oberschlesiens unter polnischer Regierung bedauerlich geschwächt werden würde, daß sie verkümmern müßte.

Die katholische Kirche stellt einen starken Kulturfaktor in Oberschlesien dar. Ihn stark zu erhalten, liegt angesichts der den Osten Europas bedrohenden Gefahr des Bolschewismus im allgemeinen politischen Interesse. Und ganz besonders im Sinne des gläubigen ober-schlesischen Volkes liegt es, die katholische Kirche stark, den katholischen Glauben rein zu erhalten, beide nicht zu Dienern der Staatsgewalt, zu einem Mittel weltlicher Politik herabwürdigen zu lassen.

Die polnischen Nationalisten, unter denen auch Vertreter der polnischen Geistlichkeit mit an führender Stelle stehen, betonen stets den katholischen Charakter ihres Landes und verheißten dem gläubigen Oberschlesier eine ungeahnte Blüte seiner Kirche, wenn er sich unter die Herrschaft des „katholischen“ Polens begäbe. Die Geistlichkeit Oberschlesiens ist anderer Meinung: „Man rede nicht vom katholischen Polen“, sagt der ober-schlesische Pfarrer zu Paul Nieborowski, „nicht das Land ist als katholisch zu bezeichnen, in dem die Mehrzahl der Bewohner katholisch getauft ist und mit dem Munde den katholischen Glauben bekennet, sondern das Land, wo der herrschende Geist, wo das lebendige Glaubensleben, wo der Stand der Sitten dem katholischen Ideal wenigstens nahe kommt. In diesem Sinne kann das jetzige Polen nicht als katholisches Land angesprochen werden, wohl aber Oberschlesien. Wenn dieses katholische Land dem Polenreiche einverleibt würde, wäre das ein großer Schaden für die katholische Kirche.“

Das Bemühen, Polen als Hort des Katholizismus hinzustellen, wird durch solche Kritik aus den Reihen der ober-schlesischen Geistlichkeit zunichte gemacht. Ebenso gründlich wird durch die katholische Geschichtsforschung wie durch das Zeugnis der ober-schlesischen Geistlichkeit unserer Tage die Agitationsphrase widerlegt, die einerseits polnisch und katholisch, andererseits Deutschtum und Protestantismus gleichstellt. Gerade das Deutschtum ist es, dem in Oberschlesien die katholische Kirche alle Größe verdankt.

Auch die weitere kühne Behauptung polnischer Nationalisten, daß die Germanisierung eines Polen dessen katholischen Glauben gefährde und erschüttere, weist die katholische Geistlichkeit für Oberschlesien mit Nachdruck zurück. In seiner Schrift „Oberschlesien, Polen und der Katholizismus“ erklärt Dr. Paul Nieborowski das Gegenteil für zutreffend und sagt:

„Die Hälfte der ober-schlesischen Stadtgemeinden besteht aus germanisierten, polnisch sprechenden Oberschlesiern, die vom Lande in die Stadt zogen und sich dort gern und mit Leichtigkeit germanisierten. Die

Germanisation der vom Lande in die Stadt gezogenen obererschlesisch-polnischen Familien gereichte daher zum großen Nutzen des katholischen Glaubens und der obererschlesischen Kirche."

Wie in der Vergangenheit, so hat also auch in der Gegenwart das Deutschtum die katholische Kirche Oberschlesiens segensreich befruchtet und machtvoll gefördert. Wie erscheinen demgegenüber die „Verdienste“ des Polentums um die Kirche?

Die Geschichte stellt fest, daß Polen, als es die stärkste Großmacht des europäischen Ostens war, für die Verbreitung des christlichen Glaubens so gut wie nichts getan, daß es die Lehre Christi nicht einmal in die Länder getragen hat, die es sich unterwarf. Oft sogar stellte es sich um des staatspolitischen Nutzens willen im Kampfe gegen christliche Fürsten und Völker auf die Seite der Heiden. Die Kämpfe der Polen gegen den katholischen Deutschorden, die Friedensschlüsse von Thorn im Jahre 1411 und 1466, das Bündnis der Polen mit den Hussiten, das alles sind — vom katholischen Standpunkt aus gesehen — unverzeihliche Sünden gegen die katholische Kirche.

Doch nicht genug damit, daß sich die Politik des „katholischen“ Polens überall, wo es den nationalen Zielen förderlich schien, über Lebensinteressen und Rechte der Kirche hinwegsetzte, auch das persönliche Verhältnis der weltlichen Machthaber zum Obersten Hirten der katholischen Kirche und zu den kirchlichen Würdenträgern im Lande wird — je mächtiger die Staatsgewalt ist, umso mehr — durch das Bestreben bestimmt, die Kirche unter die Macht der Könige und Magnaten zu beugen. Beispiele hierfür sind in großer Zahl vorhanden. Von der Ermordung des Heiligen Bischofs Stanislaus bis zum Staatskirchentum Kasimirs und den protestantischen Neigungen eines Sigismund August, gibt es unzählige Fälle, wo Polen der Kirche in gefährlichster Weise entgegentrat und schadete.

Und diese Neigung, gegen die Kirche Stellung zu nehmen, wo sie sich feinen imperialistischen Bestrebungen nicht gefügig zeigt, hat der Großpöle auch in unserer Zeit beibehalten. Wie die nationalen Forderungen ohne alle Scheu und Scham über die kirchlichen Interessen gestellt werden, zeigt eine Aeußerung des „Dziennik Berlinski“ (Nr. 169 vom 26. Juli 1901):

„Ein Pole, der sich fragt, was höher stehe, der Katholizismus oder die Nationalität, befindet sich auf dem besten Wege der Entartung, d. h. der Entnationalisierung."

Daselbe Blatt spricht ein anderes Mal von „Schändlichkeiten der Kopp und ihrer Gehilfen", ein Posener Blatt beschimpft den Bischof als „preussischen Lakai im Kardinalpurpur".

Auch die allgemeinen kulturellen und kirchlichen Verhältnisse im heutigen Polen zwingen die Ueberzeugung auf, daß der Kirche und dem katholischen Volk Oberschlesiens schwerer Schaden widerführe, wenn sie unter die Macht Polens käme. Die polnische Geislichkeit ist für den

Tiefstand jener Verhältnisse in gleichem Maße verantwortlich zu machen, wie die herrschenden weltlichen Kreise, die polnische Intelligenz und der Adel.

In der „Germania“ (31. August 1910), dem Hauptorgan der Katholiken Deutschlands, wird über die kirchliche Nachlässigkeit, über Trunksucht, Diebstahl, Raub, Unzucht der polnischen Saisonarbeiter im Ausland, der Sachsengänger, lebhaft geklagt. Das Ansehen der katholischen Kirche, die in protestantischen Ländern für solche Sittenverwilderung verantwortlich gemacht wird, werde dadurch aufs schwerste geschädigt.

Die ungeheuerliche Verbreitung der Prostitution in Polen, die große Anzahl der wilden Ehen und unehelichen Geburten stehen unübertroffen da.

Wie weit die polnisch-national beeinflusste Geistlichkeit in ihrem Seeleneifer und ihrer Arbeitsamkeit hinter der oberschlesischen zurücksteht, dafür nur zwei Zahlen zum Vergleiche:

Die Häufigkeit des Empfanges der Heiligen Sakramente, insbesondere der Heiligen Kommunion, ist in Oberschlesien mehr als doppelt so groß wie selbst in Posen-Gnesen. Und die Weiträge für den Bonifaziusverein in der Diözese Breslau sind im Jahre 1916 mehr als 50 mal so groß gewesen wie in der Erzbischöflichen Posen-Gnesen. Ueberhaupt ist das ganze kirchliche Vereinswesen in Oberschlesien ungleich höher und kräftiger entwickelt als in den polnischen Ländern.

Ueber den polnischen Adel aber bemerkt ein aus Deutschland stammender, in Kongresspolen wirkender Geistlicher:

„Für den noch allensfalls kirchlichen Adel ist der Geistliche meistens leblich die Absolutionsmaschine in der Osterzeit, sonst läßt man ihn gern beiseite. Die Unkirchlichkeit und Interesslosigkeit am katholischen Leben ist in jenen Kreisen sehr groß. Während der katholische Adel Schlesiens bei allen Vereinigungen voransteht, ist der polnische Adel fast völlig teilnahmslos, wo es sich nicht um Politik handelt.“

Soll das oberschlesische Volk, soll die oberschlesische Kirche nun wirklich in solche Verhältnisse hineingezwungen werden, die religiöse Armut und Verfrüppelung bedeuten würden? Ist doch kein Zweifel daran möglich, daß eine Losreißung Oberschlesiens von Deutschland auch eine Unterstellung unter einen polnischen Bischofssitz zur Folge hätte. Jetzt bereits droht die „Gazeta Opolska“ (25. Mai 1919):

„Es ist selbstverständlich, daß Polen nicht wird erlauben können, daß seine Untertanen auch weiter dem Fürstbischof Bertram unterstehen, er wird sich bemühen, daß der Papst Oberschlesien der Krakauer Diözese unterstellen wird, zu der es früher teilweise gehörte.“

Ist Oberschlesien aber erst der Krakauer Diözese unterstellt, so ist das Schicksal der oberschlesischen Kirche besiegelt: aus der katholischen Kirche würde eine national-polnische werden, die das Volk nicht ausschließlich, nicht einmal in erster Reihe, das Reich Gottes lehren dürfte, sondern die es vor allem zu dem weltlichen Reiche des Nationalpolentums zu befehlen hätte. Zu diesem Zweck müßte die oberschlesische Geistlichkeit, die ein Kind des oberschlesischen Volkes und so mit diesem aufs innigste verbunden ist, die dem Volke nicht nur Hirte im geist-

lichen, sondern auch Berater in irdischen Dingen ist, früher oder später fremden polnischen Priestern weichen! Schon jetzt, am 14. September 1919, fordern die „Oppelner Nowiny“, nicht nur die Landräte und andere Beamten müßten bei der Abstimmung entfernt werden, sondern am dringlichsten sei, daß der Einfluß des Breslauer Bischofs und seines Domkapitals auf das Volk beseitigt werde, und zwar in der Weise, daß Breslau für die Zeit der Abstimmung und schon vorher sich auf keine Weise an die polnischen Schlesier wenden könnte.

Die Entscheidung des gläubigen und kirchentreuen Oberschlesiers, der sich vor die Frage gestellt sieht, ob er seine Heimat und damit seine obererschlesische Kirche dem Polentum ausliefern will, kann also gar nicht zweifelhaft sein. Polnische Herrschaft heißt Fremdherrschaft, Vernichtung und Zwang wie in weltlicher, so auch in kirchlicher Hinsicht. Zugehörigkeit zu Deutschland bedeutet Erhaltung alles dessen, was in Oberschlesien geschichtlich geworden ist, und volle Freiheit der Fortentwicklung.

Endlich darf der obererschlesische Katholik, dem sein Glaubensbekenntnis mehr ist als ein standesamtlich eingetragener Bestandteil seiner Personalien, eins nicht vergessen: nicht nur sein persönlicher Vorteil, auch seine sittlichen Pflichten weisen ihn auf den Anschluß an Deutschland hin. Die Katholiken Oberschlesiens sind bis weit in die Reihen der polnischsprechenden Einwohner hinein immer in ausgesprochenstem Maße Wähler des Zentrums, der heutigen Christlichen Volkspartei, gewesen. In einer Zeit, in der überall die Moralbegriffe flüchten, fällt einer Partei, die vollbewußt auf dem Boden christlicher Weltanschauung steht, eine hohe Aufgabe im Staatsleben zu. Die Erfüllung dieser Aufgabe würde in Preußen und in Deutschland auf das bedenklichste gefährdet werden, wenn das Zentrum in beiden Parlamenten die große Zahl der obererschlesischen Sitze verlieren würde. Und ferner: das obererschlesische Katholikentum, dessen stolze und treue Anhänglichkeit an seine hochgebildete Geistlichkeit geschichtlich ist, würde beim Uebertritt Oberschlesiens an Polen bald merken, daß die Grundlagen für dieses schöne, vorbildliche Vertrauensverhältnis erschüttert würden. Es könnte nicht verhindern, daß das Land von dem bekannten armfeligen Klerusproletariat Galiziens über schwemmt werden würde, das kein Verständnis für die hohe Kultur und gediegene Lebenshaltung des obererschlesischen Volkes, noch die unerläßliche wissenschaftliche Vorbildung mitbringen würde.

Es sind, das haben wir gesehen, viele Gründe, die das Interesse der Katholiken im obererschlesischen Abstimmungsgebiet unlösbar fest mit dem preußischen Staat und dem deutschen Reich verknüpfen. Für den katholischen Oberschlesier kann es gar keine Frage sein, welchem Staat er am entscheidenden Tage seine Stimme gibt.

c) Die Juden.

Eine Lebensfrage von ganz besonderer Bedeutung ist die Abstimmung für das oberschlesische Judentum. Es hieße Wasser in das Weltmeer gießen, wollte man dem Juden die Stellung schildern, die seinem Volke unter polnischer Herrschaft droht. Die furchtbaren Judenmorde, wie sie einen besonderen Schrecken des finsternen Mittelalters gebildet hatten, haben sich in unseren Tagen auf polnischer Erde wiederholt. Die Ereignisse sind durch die Zeitungen berichtet worden und stehen noch in frischer Erinnerung. Mord, Raub und Drangsal aller Art sind Waffen des Polentums bei der Verfolgung der Juden, die sich in keinem Staate der Welt in gleicher Weise an Gut, Leib und Leben bedroht sehen, wie in Polen. In keinem Volke der Welt ist der Judenhaß so groß und betätigt er sich in so straffer Organisation, wie in Polen.

Ein erschütterndes, aber in jeder Einzelheit durchaus zutreffendes Bild von den Aussichten, die sich dem Judentum unter polnischer Herrschaft eröffnen, gibt der oberschlesische Rabbiner Dr. Gr. in einem Aufsatz in der europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung. Seine Ausführungen, in denen er die wirtschaftliche und geistige Bedeutung des oberschlesischen Judentums schildert, faßt er zusammen in folgender Schlußbetrachtung:

„So bildet die oberschlesische Judenheit nicht nur einen wirtschaftlichen und kulturellen Faktor im Gesamtleben, sondern auch ein in sich geschlossenes Zentrum, das aber nur bei freier Entwicklung seiner Kräfte bestehen und gedeihen kann. Vestigia terrent. Die Juden haben am eigenen wirtschaftlichen und kulturellen Gemeinschaftskörper erfahren, welche Kräfte polnischer Antisemitismus lahmgelegt und zerstört hat. Die Blutzzeichen der Pogromtage von Lemberg und Pinsk und anderen Städten reden eine deutliche und warnende Sprache. Darum wäre es bedauerlich, wenn auch dieses blühende jüdische Zentrum der Gewaltpolitik, dem wirtschaftlichen Boykott und einem absichtlich herbeigeführten Verderb durch die Polen ausgeliefert würde, wenn von der Pogromwelle, die durch das polnische Land zieht, auch die oberschlesische Judenheit überflutet würde. Eine ungeheuer starke jüdische Abwanderung in eine ungewisse Zukunft hinein wäre zu befürchten — was nicht abwandern kann, wäre von wirtschaftlicher Vernichtung bedroht: wo jetzt altes jüdisches Kulturleben blüht, würden in kurzer Zeit nur Ruinen uns melden von entschundenen glücklichen Tagen.

Das Leben in den Provinzstädten Bosens hat in den letzten Jahrzehnten gezeigt, was in verhältnismäßig kurzer Zeit aus wirtschaftlichem Boykott durch die dortige starke polnische Bevölkerung gezeitigt wurde. Solche drohenden Gefahren könnten wohl auch die von den Mächten geschaffenen Kartellen nicht verhindern und abwenden. Solche Kartellen verlieren ja, so gut sie gemeint sind, in der Praxis zu leicht ihre Wirkung. Wer verderben und vernichten will, findet auch Wege hierzu. Rumänien hat es bewiesen.“

11. Wie wird es mit den Lebensmitteln stehen?

Der Krieg hat die deutsche Lebensmittelwirtschaft stark zurückgebracht. Uns allen sind diese Zustände bekannt. Geschickt, wie die polnische Agitation ist, hat sie sich dieses Umstandes als eines ihrer zugkräftigsten Propagandamittel bemächtigt. Sie prophezeit den Oberschlesiern für den Fall ihres Verbleibens beim deutschen Reiche eine schreckliche Hungersnot und preist Polen als das Land, „wo Milch und Honig fließt“ (wörtlich!). Ja, sie geht noch weiter. Ihre Agenten bringen von Zeit zu Zeit Ladungen von Speck und Mehl aus Polen über die oberschlesische Grenze, verkaufen sie an die Bevölkerung zu Spottpreisen und erzählen, daß man in Polen diese Dinge im Ueberschuß habe und nicht wisse, wohin damit.

Es ist leider wahr, daß dieses Vorgehen bei vielen Leuten seinen Zweck nicht verfehlt hat. Die Aussicht, in „Fettigkeiten“ zu schwelgen, sind für einen deutschen Kriegsmagen gewiß verlockend, und bei manchen Menschen geht auch die Liebe zum Vaterlande durch den Magen. Gerade sie aber sollten sich vorsehen, damit sie nicht eines schönen oder bösen Tages die traurige Entdeckung machen, daß sie den gerissenen Polen auf den Leim gegangen sind. In Deutschland herrscht eine gewisse Knappheit an Lebensmitteln, aber in Polen, östlich der deutschen Grenze, herrscht schon heute die furchtbarste Hungersnot. Oder wie soll man einen Zustand sonst bezeichnen, in dem unmittelbar nach der Ernte überhaupt kein Mehl, das Pfund Brot nur für 3,50 Mark und das Pfund Zucker für 20 Mark zu haben ist? Hören wir, was der Warschauer „Kurier Polski“ (Nr. 232 vom 6. September 19) über einen Gang durch die Hauptstadt Polens schreibt:

„Mehl sah man nicht, Brot zu 3,50 Mark das Pfund, der Zucker nicht zu erkaufen. Der arme Warschauer geriet aus dem Regen in die Traufe und wiederholt mit tiefem Seufzer: „Ueberall in Polen ist es schlecht, aber bei uns in Warschau ist es am schlimmsten.“

Und der Warschauer „Dziennik Nowy“ (Nr. 171 vom 6. September 19) berichtet:

„Von einem festen Preise des Zuckers kann infolge des gänzlichen Mangels dieses Artikels keine Rede sein. Im Detailverkauf verlangt man gegenwärtig 20 Mark für das Pfund.“

In Galizien sieht es nicht besser aus. Der „Gonice Krakowski“ (Nr. 243 vom 8. September 19) meldet:

„In Lemberg macht sich außer anderen Mängeln an Verpflegungsartikeln seit einigen Tagen ein gänzlicher Mangel an Mehl bemerkbar.“

Grell beleuchtet werden diese Zustände auch durch einen Bericht, den der „Vorwärts“ über die Versuche der kongreßpolnischen Bevölke-

rung, Lebensmittel aus Posen herüberzuschaffen, im Juli veröffentlichte. Es heißt da:

„Die Grenze wird auf das strengste von Militärposten und Scharen von Kriminalbeamten bewacht, die jedes Brot, jedes Pfund Mehl, das die hungernde Bevölkerung aus Polen zu holen versucht, erbarmungslos konfiszieren. Geradezu widerwärtig wirken die Szenen, die man auf den Grenzbahnhöfen beobachten kann. Jeder abfahrende Zug wird von Soldaten umstellt. Die Passagiere, meist halbverhungerte Frauen und Kinder aus Kongreßpolen, werden aufs genaueste untersucht, wobei die Soldaten auch vor peinlichen Leibesuntersuchungen nicht zurückschrecken, und jedes Quantum an Lebensmitteln wird noch auf Posener Gebiet unter dem Heulen und Vermüthungen der Frauen beschlagnahmt. Welchen Wert die von großpolnischen Agitatoren verbreiteten Schilderungen von dem Land Kanaan haben, das Oberschlesien durch den Anschluß an Polen mit Lebensmitteln versorgen wird, mag jeder Einsichtige selbst beurtheilen. Es ist eine Unverschämtheit, wenn Leute ganze Wagenladungen versprechen, während Kongreßpolen seit einem halben Jahr aus Posen nicht eine Kartoffel bekommen kann. Wenn der Ueberschuß in Posen so groß ist, warum beliefert man nicht die Brüder in Kongreßpolen, wo das Pfund 3—4 M. kostet und Tausende an Hungertypus elend zugrunde gehen? Au die polnischen Agenten, die in Oberschlesien Speck- und Butterberge versprechen, müßten sich nach Kongreßpolen wenden, wo ihre Hilfe nötiger ist.“

Und da kommen jene armen Schelme, die selbst nichts zu beißen haben, und bieten der ober-schlesischen Bevölkerung, die unvergleichlich viel besser lebt, von ihrer Armut all die Kostbarkeiten an, die für sie selbst nur ein holder Traum sind!

Freilich, man fragt sich, wie ist es möglich, daß ein so stark agrarisches Land wie Kongreßpolen unter Hungersnot leiden kann? Die Antwort ist leicht gegeben.

Die Lebensmittelverhältnisse waren in Polen schon in normalen Zeiten niemals gut. Ein Vergleich mit Deutschland ist vollends nicht zu wagen. Kein Land der Welt, auch England nicht, hat vor dem Kriege soviel Fleisch auf den Kopf der Bevölkerung verbraucht, wie Deutschland. Daß es in Polen so mangelhaft damit bestellt war, das lag zum größten Teil an der rückständigen Landwirtschaft selbst. An anderer Stelle haben wir die Menge der Ernten, die auf 1 Hektar in Deutschland und in Polen erzielt werden, im Vergleich zu einander gestellt. Hier sei erwähnt, daß die Jahresernte an Brotgetreide auf den Kopf der Bevölkerung in Polen 223 Kilogramm, in den deutschen Ostprovinzen dagegen 586 Kilogramm beträgt! Und mit der Viehzucht ist es ähnlich! In Polen entfielen auf 1000 Einwohner 39 Schweine, in Oberschlesien 188, in Posen und Ost- und Westpreußen sogar über 500 Schweine! Oder umgerechnet in das Verhältnis zur Bodenfläche: in Posen kamen auf 1 Quadratkilometer 38, in Westpreußen 36, in Oberschlesien 33, in Polen — ganze 4 Stück.

Diese Zahlen werden vielen neu sein und sie überraschen. Aber sie werden klar genug beweisen, daß Polen niemals in der

Lage sein wird, von seiner Ernte an andere abzugeben. Es hat das auch früher nie gekonnt. Unsere Einfuhr an Getreide und Schweinefleisch aus dem Osten kam niemals aus Polen, sondern immer aus der Ukraine und aus dem östlicheren Rußland.

Wenn trotz dieser traurigen Zustände vor dem Kriege die Lebensmittel in Polen billiger waren als in Deutschland, so wirkten da zwei Umstände zusammen. Die große Armut der ganzen Bevölkerung ließ keine höheren Preise zu. Der Mangel an Bahnen und sonstigen Transportmitteln aber erlaubte keine Ueberführung der Ernteerzeugnisse in größere Entfernungen. Und in diesem Punkte sieht es auch jetzt schlimm aus. Nach einem Berichte aus Polen vom Anfang September befinden sich in und bei Szezakowo über tausend Waggons Kartoffeln, die verfaulen müssen, weil sie infolge des Mangels an Bahnmateriale nicht abgefahren werden können.

Kann der Oberschlesier hoffen, daß er als Pole mehr zu essen haben wird? Muß er nicht vielmehr fürchten, daß ihm von dem Wenigen, das er jetzt hat, zum Besten seiner östlichen „Stammesbrüder“ noch manches fortgenommen werden wird?

Zum Schluß.

Wir glauben, auf die drei großen Fragen des Oberschlesiers mit aller Gründlichkeit die Antworten gegeben zu haben, die in den Thaten selbst zu finden sind. Besonders reich ist das Zahlenmaterial, das wir zu der Betrachtung über die Zweckmäßigkeit des Anschlusses an Polen oder an Deutschland beigebracht haben. Dem aufmerksamen Leser wird es klar geworden sein, wie furchtbar folgenswer die Entscheidung ist, die in seine Hand gelegt wurde. Solange er zweifelt, für welche Lösung er stimmen soll, steht er vor seinem eigenen offenen Grabe. Er wendet sich an Polen — und er wird den Sprung mitten hinein getan haben!

Nein! Der Oberschlesier wird nicht wollen, daß seine reiche Heimat zum Versuchsobjekt eines Analphabetenvolkes wird. Er wird erkennen, daß nur in dauernder und enger Verknüpfung mit dem deutschen Mutterlande, dem Lande, das ein durch die Geschichte geheiligtes Recht auf Oberschlesien hat, ihm eine Zukunft gesichert sein wird, in der und für die es sich lohnt zu leben. Darüber täuschen auch alle jene Vorschläge nicht hinweg, die Oberschlesien weder zu Polen schlagen, noch bei Deutschland belassen wollen, die für Oberschlesien die Rechte eines selbständigen Staates erstreben. Oberschlesien mit seiner binnenländischen Lage und seinen durch die Natur erschwerten Verbindungen, könnte sich in dieser Stellung wirtschaftlich nicht behaupten. Und wie sich sein politisches Los gestalten würde, darüber belehren jeden, der seine Augen nicht böswillig verschließt, die Schicksale aller Bufferstaaten — der Weltkrieg war der beste Lehrmeister in diesem Unterrichtsfache.

Und nun den Kopf hoch und Mut gefaßt! Wem alle diese Wahrheiten deutlich geworden sind, der wird sich seiner sittlichen Pflicht nicht entziehen, für sie zu wirken, zu kämpfen und, wenn es sein muß, auch einmal zu leiden. Die deutsch gesinnte Bevölkerung Oberschlesiens ist

stark genug, sich in dieser Frage ihr Recht zu verschaffen. Sie muß nur alle trennenden Unterschiede beiseite setzen und den ernstlichen Willen zur Einheit und zum Endsiege haben. Versagt sie diesmal, so wird sie unter polnischer Herrschaft ihre Rolle erst recht ausgespielt haben. Nichts aber ist verloren, wenn sie sich auf ihre Pflicht besinnt und nach ihr handelt, im Gegenteil, sehr viel wäre damit gewonnen. Sie halte sich dessen gewiß, daß der moralische Eindruck ihres Sieges in der Welt ungeheuer sein würde, daß er unserem geprüften Volke die Stellung zurückerobern helfen würde, um die es niedriger Meid und Haß seiner Feinde gebracht hat. Und so kann es nur die eine Lösung geben:

Die Stimmen der Oberschlesier für das deutsche Oberschlesien!



Zentralverlag G. m. b. H., Berlin NW 6
Luisenstraße 31 b

Das Betriebsrätegesetz

Vollständige Textausgabe 32 Seiten 8°

Preis 80 Pf.

Seit der politischen Umgestaltung Deutschlands hat wohl keine Gesetzesvorlage so viel Staub aufgewirbelt, wie die über das „Betriebsrätegesetz“. Es ist deshalb nicht nur für jeden Arbeitnehmer, sondern auch für alle Arbeitgeber unerlässlich, sich mit dem Gesetz vertraut zu machen



Die vorliegende Ausgabe gibt auf 32 Seiten 8° sauberem Druck den vollständigen Text des Gesetzes wieder

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin NW 6
Luiseustraße 31 b

Der Betriebsrat

Von Arbeiterssekretär Friedrich Klees

Preis 1 Mark

In der zahlreichen Literatur, die sich mit dem Gesetz über die Betriebsräte bereits beschäftigt, wird diese Schrift als ein

Wegweiser für den Laien

eine besondere Stellung einnehmen.
Ein namhafter Gewerkschaftler gibt auf Grund eines eindringenden Studiums eine übersichtliche und faßliche Darstellung des Betriebsrätegesetzes aller seiner Bestimmungen



Die Schrift ist absolut objektiv gehalten und für den Arbeitgeber wie für den Arbeitnehmer gleich unentbehrlich

Deutschlands Staatsumwälzung

Von Dr. Hugo Preuß, Reichsminister a. D.

Preis 30 Pf.

Der Vater der deutschen Reichsverfassung, der berühmte Berliner Staatsrechtslehrer, gibt in dieser Schrift eine großzügige Charakteristik der neuen Reichsverfassung, schildert ihre Entstehung und ihre fundamentale Bedeutung für die Forterrichtung eines wahrhaft geeinten Deutschen Reiches. Des weiteren werden die Kompetenzen des Reichsrates und Reichstages, des Reichspräsidenten und der Reichsregierung dargestellt und die grundsätzlichen Fragen von Wahlrecht, Volkssouveränität und Bürgerschaft behandelt. Wer den Text zur Reichsverfassung beifügt, braucht diesen unerläßlichen Kommentar, der in durchaus populärer Form gehalten ist.

Weltkrieg und wirtschaftlicher Wiederaufbau

Von Dr. August Müller, Staatssekretär a. D.

Preis 50 Pf.

Das wichtigste Problem des deutschen Staats- und Volkslebens ist zweifellos die Lösung der Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaues. Der Verfasser entwickelt mit weitestgehendem Blick ein großzügiges wirtschaftliches und sozial-politisches Programm, er verliert sich nicht in theoretischen Erörterungen, sondern bringt praktische Vorschläge, was die Schrift besonders wertvoll macht. Die vorliegende Broschüre interessiert schließlich jeden. Klarheit und Zuverlässigkeit sichern ihr einen unbegrenzten Leserkreis.

Die deutsche Jugendbewegung

Von Normann Rörber

Preis 80 Pf.

In dieser Schrift, die einem wirklich dringenden Bedürfnis entspricht, wird zum ersten Male alles das abgehandelt und charakterisiert, was heute, vielfach unklar und verschwommen, unter dem Titel „Jugendbewegung“ in Erscheinung tritt. Der Verfasser, der selbst tätig in der Jugendbewegung steht und über diese Dinge aus einem tiefen Miterleben schreibt, gibt eine klare und faßliche Darstellung der bürgerlichen wie der proletarischen Jugendbewegung. Er zeigt des weiteren, wie wichtig diese vielfach verkannte oder doch falsch beurteilte Jugendbewegung für den Wiederaufbau des deutschen Volkslebens ist. Mit dieser aktuellen Schrift werden sich alle beschäftigen müssen, die als Eltern, Erzieher oder Politiker ein persönliches oder sachliches Interesse an der Jugendbewegung haben.

Gegen Deutschlands Ausverkauf

Von Hans Otto Lauinger

Preis 30 Pf.

Der Verfasser beleuchtet in kurzen, scharfen Strichen die durch den Weltkriegsbeschaffene wirtschaftliche Zwangslage Deutschlands und weist nach, daß es im Interesse des gesamten europäischen Wirtschaftslebens liegt, wenn der deutsche Außenhandel wieder in normale Bahnen gelenkt wird. Durch praktische Vorschläge zur Errichtung einer Welthandelskammer erhält diese allgemeinverständliche abgefaßte Broschüre eine hervorragende Bedeutung.

Kriegsnöte der Siegerstaaten

Von Professor L. Bergsträßer, Berlin

Preis 50 Pf.

Vorliegende Schrift gibt in übersichtlicher Darstellung ein äußerst wertvolles und schwer erreichbares Material über die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Ländern der Entente. Sie zeigt an der Hand unwiderleglicher Zeugnisse mit völliger Objektivität, daß die Siegerstaaten, vor allem Frankreich, Italien und England von den gleichen wirtschaftlichen Nöten heimgesucht sind wie wir. Auch dort herrschen Kohlennot, schwere Verkehrsmisere, auch diese Länder werden von Produktionsstörungen und Streiks erschüttert und leiden unter einer unausgesetzten Teuerung der Lebensmittel und Industrieprodukte, wie unter der Entwertung des Geldes. An diese statistischen Darlegungen wird der berechtigte Schluß geknüpft, daß man nicht immer wieder der eigenen Regierung Schuld geben darf an unserer schwierigen Wirtschaftslage, sondern daß, wie das Beispiel der feindlichen Staaten zeigt, die Wirtschaftsmisere ausschließlich eine Folge des Krieges ist. Kein Wirtschaftspolitiker, kein Parlamentarier oder wer sonst an dem politischen und Wirtschaftsleben Deutschlands Anteil nimmt, kann an dieser Schrift vorbeigehen.

Die deutsche Reichsverfassung

Textausgabe und Register mit einem Vorwort

Von Dr. Hugo Preuß, Staatsminister a. D.

Preis 50 Pf.

Diese Textausgabe der deutschen Reichsverfassung zeichnet sich neben guter Ausstattung durch ein trefflich durchgearbeitetes Register aus. Ihre besondere Eigenart erhält sie durch das Vorwort ihres Herausgebers, das in kurzen Worten die Bedeutung der neuen Reichsverfassung erläutert und zugleich auf die Wichtigkeit hinweist, das Volk in seinen breitesten Schichten mit den Bestimmungen und dem Geiste dieser Verfassung vertraut zu machen.

Das deutsche Siedlungswerk

Von Dr. Hans Ponsig

Preis 50 Pf.

Neben der Ernährungs- und Wohnungspolitik ist die Frage des Siedlungswesens eine der brennendsten der Gegenwart geworden. Die vorliegende Schrift gibt ein klares und anschauliches Bild der heutigen Lage des Siedlungswesens, wie sie durch das Reichs-siedlungsgesetz vom August 1919 geschaffen ist. Die Person des Verfassers als eines der hervorragendsten Mitarbeiter des Reichs-ministeriums, bürgt für die Gediegenheit des Inhalts dieser für Interessenten unentbehrlichen Broschüre.

Wojewódzka i Miejska Biblioteka Publiczna
im. E. Smółki w Opolu

nr inw.:

1964

Syg.:

S

KSIEGARNIA

ANTYKWARIAT

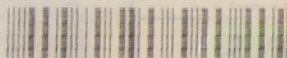


№ 691367

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Wojewódzka Biblioteka
Publiczna w Opolu

2180 \$



001-002180-00-0

ZBIORY ŚLĄSKIE

Syg.: